1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 33 vom 17. August 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Sonntagsreden über Lehrstellen

Fast hat man sich schon daran gewöhnt: Alljährlich um diese Zeit wiederholen die verschiedenen Seiten ihre Aussagen vom Vorjahr wie man mehr Lehrstellen schaffen könne bzw. überhaupt das Problem zu behandeln habe. Die unterschiedlichen Positionen sind dabei immer dieselben.

Am plumpesten vertreten die Kapitalisten ihre Position: Es gäbe ja viel mehr Lehrstellen, ließ jetzt wieder der Handwerksverband verlauten. Kapitalistenchef Esser sieht ebenfalls keine wirkliche Knappheit an Lehrstellen, die Äußerungen des DGB sind seiner Meinung nach „erfunden, höchstens politisch oder ideologisch begründet".

Ganz so verlogen gegenüber der Realität mag die reaktionäre Front von CDU, Springer und Co. nicht argumentieren: Da laufen jetzt die Appelle an die lieben Unternehmer reihenweise doch bitte einen Lehrling einzustellen.

In den sozialdemokratisch regierten Ländern und Städten sieht es da kaum anders aus — Zeitungsaufrufe noch und nöcher.

Ganz wie die SPD sieht auch der DGB-Bundesvorstand in seiner jüngsten Stellungnahme den Weg zur Lösung dieses Problems in einer gemeinsamen Anstrengung von „Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat". Und da das allzu sehr nach einer Neuauflage der „konzertierten Aktion" riecht, beteuert man von Seiten des DGB denn auch sofort, das sei es aber ganz gewiß nicht.

Appelle, wie sie auch immer lauten mögen, von allen Seiten also. Phrasen, die jedes Jahr wiederholt werden. Sie sollen ausschließlich die „guten Absichten" ihrer Autoren beweisen, zu mehr sind sie nicht tauglich und sollen es auch nicht sein. Höchstens noch in den Augen einiger Gewerkschaftsfunktionäre ein Beweis für die Wichtigkeit des DGB.

Daß die Ursache der Lehrstellenknappheit kein Naturereignis ist, das eben über alle hereinbrach, sondern eindeutig eine Politik, die die Kapitalisten befolgen, das soll hinter diesem ewigen Wortschwall verschwinden, wie auch so manche Forderung, die aus Kreisen der Gewerkschaftsjugend erhoben wurde.

Lehrstellenknappheit — das ist für die Kapitalisten im Betrieb ein Druckmittel, eine ständige Drohung über den Köpfen derer, die dann doch eine „gefunden" haben. Das ist auch die Erzeugung eines Heeres von Hilfsarbeitern, Bandarbeitern, deren Löhne man weiter drückt.

Seit es diese „Frage" gibt, wurde unendlich viel darüber geredet und geschrieben — noch kein einziges Mal aber wurde wenigstens versucht zu handeln, von einigen Aktionen der Gewerkschaftsjugend und fortschrittlicher Jugendverbände abgesehen, die aber stets örtlicher Protest blieben. Noch kein einziges Mal wurde der Weg eingeschlagen, konzentriert politischen Druck auszuüben, eine regelrechte Kampagne zu organisieren, die die Unternehmer zum Nachgeben zwingen könnte.

Das aber ist der einzige Weg, der politische Weg, der hier erfolgsversprechend ist, von der Verpflichtung zur Ausbildung bis zur Bildung von Lehrwerkstätten. Sonst werden die Sonntagsreden weitergehen.

„Das Bombardement beginnt in fünf Minuten"

Wahnsinnig?

Die Sprechprobe Ronald Reagans, bei der er „zum Spaß" die Bombardierung Rußlands ankündigte, gerät zum politischen Skandal. Seine strammsten Parteigänger, hierzulande etwa die „Bild-Zeitung", bauen ihre Verteidigungslinie denn auch ganz weit hinten auf. „Auch ein schlechter Witz bleibt ein Witz" das Motto.

Und in der Tat: Man kann sich nun erst recht sehr lange darüber streiten, ob dieser Mann einen Schuß im Hirn hat oder nicht — das ist müßig. Speziell für diesen glorreichen Präsidenten wurde ja schon eine neue Regelung erfunden, die seine Äußerungen offiziell in zitierfähig und nichtzitierfähig einteilen, eine echte Notlösung.

So ganz von ungefähr aber kommt eine solche Äußerung bei diesem Mann jedenfalls nicht. Nicht nur, daß er bereits früher für die UdSSR den Begriff „vogelfrei" benutzte. Nicht nur, daß er einen „Kreuzzug gegen das Böse" führen will und ähnliche Primitivo-Slogans — er vertritt ja auch die passende praktische Politik dazu.

Sicher: Manchem seiner Hintermänner mag eine solche dümmliche Entgleisung peinlich sein. Aber das ändert nichts daran, daß Reagan für einen Kurs der Aggression ins Amt gehievt wurde — von den amerikanischen Kapitalisten. Die vielleicht keine so doofen Sprüche loslassen, aber genauso gefährlich sind wie ihr oberster Mandatsträger. Ein „Witz", ein böser, der einiges von der Wahrheit enthüllt.

Vorkämpfer

Eine Partei der Vorkämpfer ist schon irgendwo die FDP. Zuerst war Graf Otto der Vorkämpfer, jetzt ist es ausgerechnet Möllemann. Beide kämpfen sie gegen die „Vorverurteilung". Durch die Presse versteht sich. Möllemann startet dazu sogar eine Verleumdungsklage. Aber man wird das Gefühl nicht los, daß dieser große Kampf irgendwie nicht so richtig läuft. Vielleicht sind es eben doch die ganz falschen Leute? Oder sie haben sich die falsche Disziplin ausgesucht und bleiben im Vorkampf stecken, so daß das Finale ohne sie stattfindet?



„Ein Glück . . .

. . . daß wir nicht so sind, wie die amerikanischen Sportreporter." Westdeutschlands Sportjournalisten haben es einfach, die einseitige Berichterstattung der US-Fernsehgesellschaft ABC zu kritisieren. Zunächst mal hatten sie überhaupt nicht die Möglichkeit, so oft „Gold für Deutschland" zu brüllen, wie die US-Reporter es für ihr Land taten, wer weiß, wie sie es sonst getrieben hätten.

Aber auch so brauchen sie sich nicht hinter den Ami-Reportern zu verstecken: Jörg Wontorras Geschrei bei den Starts von Michael Groß: „Flieg Albatros, flieg!" war mindestens so peinlich wie Wolfram Essers Kommentare über die „absolute Spitzenstellung" der „deutschen" Ruderboote, die dann immer als vierte einliefen. Ganz zu schweigen von Bernd Hellers Zehnkampfkommentar, als er nach schwächerer Leistung des späteren Olympiasiegers Thompson beim Diskuswerfen meinte: „Er stammt aus Soho, das ist nicht gerade die feinste Adresse."

Die Adresse der Sportredaktionen von ARD und ZDF offensichtlich auch nicht. Dieser Kommentar im übrigen, ist nur wegen der Ausgewogenheit hier plaziert. Auf Seite 12 kriegen die Amis natürlich auch vom Roten Morgen dicke!

Polizeieinsatz in Nordirland

Patriotische Kundgebung brutal überfallen

Eine Kundgebung von 2000 nordirischen Patrioten in Belfast wurde Anfang der Woche von massiv bewaffneten Polizeieinheiten überfallen. Wahllos schossen die Polizisten in die Menge, wobei ein 22jähriger zweimal von Plastikgeschossen getroffen wurde und starb.

Der Polizeieinsatz wurde begründet mit dem Versuch, Martin Galvin festzunehmen, den Direktor der nordamerikanischen Hilfsorganisation „Noraid", die in den USA Geld für die Familien politischer Gefangener in Nordirland sammelt. Galvin war die Einreise verweigert worden. Er war trotzdem gekommen und trat zusammen mit dem Vorsitzenden der irisch-patriotischen Partei „Sinn Fein", Gerry Adams auf einer Kundgebung vor deren Hauptquartier in Belfast auf. Die Polizei griff äußerst brutal ein. Gerry Adams rief den Polizisten und Soldaten noch zu: *„Wenn Sie Männer, Frauen und Kinder töten wollen, dann ist dies die Gelegenheit dazu, weil wir nicht weichen werden."*

Ein Hagel der zehn Zentimeter langen Hartgummigeschosse ging über die Versammelten. Sie warfen sich auf den Boden, um den schon so oft tödlichen Geschossen zu entgehen. Neben dem 22jährigen Todesopfer des Überfalls wurden noch 12 Leute schwer verletzt. Die Polizei schob und drängte die oft stark blutende Leute beiseite, um mit ihren Autos durchzukommen — erfolglos, Martin Galvin bekamen sie nicht.



Polizei-Terror in Köln

Im Juli blies die Kölner Polizei, unter dem Vorwand einer Messerstecherei, zu einer regelrechten „Türken-Hatz". Generalprobe für Zimmermanns Ausländerpläne — das ist eine der Schlußfolgerungen, die aus dem Vorgehen gezogen werden können. (Bericht auf Seite 9, Kommentar auf Seite 2). Ein besonderer „Anreiz" zur Rückkehrhilfe . . .



Heimreisende Gastarbeiter. Wo Rückkehrhilfen nicht zu „freiwilliger" Ausreise führen, wird, wie in Köln, mit Hilfe von Polizeistaatsmethoden der „notwendige Druck" erzeugt.

In der Hitze der Nacht . . .

Viele werden ihn noch kennen, diesen alten amerikanischen Spielfilm, der von der Unterdrückung der Farbigen in den USA, nicht zuletzt direkt durch Polizeiterror handelt. Man könnte ihn heutzutage auch wieder in der Bundesrepublik drehen. Man ersetze farbige US-Bürger durch politisch noch rechtlosere türkische Einwohner und den Sheriff durch die Kölner Polizei bzw. Düsseldorfer Sonderkommandos.

Was da in der „Sache Kilic" (siehe Bericht auf Seite 9) gelaufen ist, das sprengt in der Tat, das Wort ist nicht zu hoch gegriffen, alles bisher dagewesene in diesem Bereich, selbst den Feuerüberfall in Mannheim im Frühjahr.

Blockweise Massendurchsuchungen, ein Vandalenfest, dessen Zerstörungsbilanz ebensowenig gezogen ist, wie ein Verstehen des wirklichen Ausmaßes dieses Terrors bisher zustandekam.

Erschütterung, Einschüchterung, Angst — das ist nur eine oberflächliche Bilanz, die insgesamt dermaßen übel sein muß, daß sich nun, nach dem — hoffentlich nicht nur vorläufigen — Ende dieser Repressionswelle selbst der Regierungspräsident einschalten muß, um — keineswegs nur Routinesache — seine Dienstaufsichtspflicht wahrzunehmen.

Hier wurde, am Beispiel ausländischer Arbeiter vorexerziert, was die Polizeigesetze in diesem unserem Land bereits alles erlauben, wie weit Polizisten auch bereit sind, selbst darüber noch hinauszugehen. Hier wurde, beschränkt auf einen übersichtlichen Raum, vorexerziert, was Wirklichkeit werden kann, wenn die Nazi-Losungen wie „Ausländer raus" noch weiter an Einfluß gewinnen.

Man muß sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß auch die rassistischen Aktionen der amerikanischen Polizei immer wieder mit der „hohen Kriminalität" in den Ghettos begründet wurden und werden, und eben diese Entwicklung wurde hier nachvollzogen und die Ghettoisierung ist längst angelaufen.

Das Wetter war in diesen Kölner Polizeinächten nicht heiß — das war aber wohl zumindest äußerlich, der einzige Unterschied.

Bekenntnisse

Kohls Behauptung, er sähe in der BRD keine revanchistischen Tendenzen, wurde schneller als ihm lieb sein kann von seinen eigenen Parteifreunden widerlegt.

Aus Anlaß des 23. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer wurden erneut Bekenntnisse „deutscher Grundsätze" abgelegt, die eben diesen revanchistischen Charakter tragen. Große Empörung um Apels bescheidene Äußerung, die deutsche Frage sei nicht mehr offen. (Wobei Apel ja eigentlich nur gemeint hatte, solche Absichten müßten über die „europäische Schiene" verwirklicht werden). Ausdrückliche Abgrenzung von Regierungsseite und CDU: Die deutsche Frage ist offen.

Niemand aus den etablierten Parteien, der da die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR vertreten würde, und sei es auch nur ansatzweise. Im Gegenteil, eine Regierung, die die Frage ausdrücklich so stellt, daß eben auch die Frage der Grenzen offen bleiben muß. Ein Bundespräsident, der in die alte Kerbe haut „wir" (die westdeutsche herrschende Klasse) müßten „der DDR" die Freiheit bringen. Das eben sind Bekenntnisse, die alle Merkmale dessen tragen, was man als Revanchismus bezeichnet, politische Grundpfeiler eines Kreuzzugs gegen einen anderen Staat.

Bekenntnisse, die erst recht Bedeutung erlangen, wenn man sie im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Westpolitik der DDR betrachtet, die innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten geführt wird. Die „politischen Zinsen", die Außenminister Genscher in der letzten Woche ansprach, als er den Sinn dieser Kreditserie darlegte — in diesen Bekenntnissen eben wird deutlich, was damit gemeint ist.

Bekenntnisse, die mit Sicherheit dazu geeignet sind, diese Auseinandersetzungen zu verschärfen. Obwohl sie natürlich nichts Neues bringen, unterstreichen sie doch in ihrer Deutlichkeit die alten Positionen der BRD sehr demonstrativ.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Seltsame Interpretationen des Altenburg-Berichts

7 Tage Frist?

Generalinspekteur Altenburg hat im Januar einen Bericht an den Bundeswehrminister verfaßt, der jetzt punkteweise im „Spiegel" nachzulesen war. Das ganze löste bei den Bonner Politikern und der bürgerlichen Presse erneut eine Debatte darüber aus, warum denn „unsere Bundeswehr" so schwach sei, wer daran schuld sei. Und das nun wiederum dürfte genau die Debatte sein, die sich Altenburg und seinesgleichen gewünscht haben.



Staatssekretär Würzbach kartete sofort nach: Wenn es Schwächen gäbe, dann seien diese Teil der Erblast, die diese Regierung von der SPD übernommen habe. Sozialdemokratische Leitartikler beriefen sich daraufhin sofort auf Georg Leber, den nicht einmal ein noch „so reaktionärer Kommißkopp" („Westfälische Rundschau") habe kritisieren können (in der Tat).

In dieser Debatte soll in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet werden, die Bundeswehr sei schwach. Und darum wird sie denn auch öffentlich geführt. Wobei die wichtigsten Aussagen und Absichten des Altenburg-Berichts im Hintergrund verschwinden.

Altenburg zählt zunächst fünf angeblich zentrale Mängel auf, die die Bundeswehr schwächten, allesamt im Bereich der Elektronik, der Aufklärung, Versorgung und des Fernmeldewesens, sowie den Munitionsmangel.

Dabei fallen insbesondere zwei militärpolitische Forderungen auf, die Altenburg bereits als gegeben voraussetzt: Die Erhöhung der Wehrdienstzeit (und Verschärfung der Einzugsbestimmungen), sowie die nun anstehende „konventionelle" Aufrüstung. Eingebettet ist diese ganze Rechenschaftslegung Altenburgs ohnehin in das Konzept sogenannter Vorneverteidigung. Unfähig ist die Bundeswehr laut Altenburg unter anderem deshalb, weil sie nicht dafür ausgestattet sei, in Polen Flugplätze zu bombardieren, bevor „feindliche Verbände" aufsteigen. Womit abermals unterstrichen wird, daß dies ein Konzept der Aggression, des plötzlichen Überfalls, heute beschönigend „Präventivschlag" genannt, ist.

Dem allen entspringt ein neuer Wunschkatalog der Generalität, den Altenburg hier vorträgt und den zu kritisieren bisher in der — zugegebenermaßen kurzen — Zeit der Debatte keinem einfiel. Das Herz der Elektrokonzerne wird Freudensprünge gemacht haben (sicher nicht vor Überraschung...) und das ganze paßt natürlich in die Ideologie der Wehrfähigkeit. Garniert wird das ganze dann mit den üblichen Phrasen von den sieben Tagen, die die Bundeswehr gerade standhalten könne, wenn die Russen kommen (warum sie angesichts solcher Verhältnisse nicht schon längst gekommen sind?).

Nach dem, was bisher bekannt ist, stellt dieser Bericht keineswegs eine Mängelliste der Bundeswehr dar, schon gar keine angedeutete Selbstkritik der Generale, wie es beim „Spiegel" steht, sondern eben nichts anderes als einen aktualisierten Wunschzettel für die weitere Aufrüstung. Und darum, dagegen, müßte diskutiert werden, nicht darum wer zuwenig für die Aufrüstung tut — die CDU tut sehr viel, aber die SPD braucht sich ihres Beitrags auch nicht zu „schämen". Höchstens, weil er so groß war.

Gerade wegen dieser vordergründigen Scheingefechte um den Altenburg-Bericht erscheint es wichtig, den weiteren Fortgang der Debatte nicht nur aufmerksam zu verfolgen, sondern auch bekanntzumachen, worum es sich dabei wirklich dreht.

Von wegen Aufschwung

Wachstumsziele abgeschrieben

Einst wollte es diese Regierung wissen: 3,5 Prozent Wirtschaftswachstum werde man in diesem Jahr erreichen. Anfang des Jahres schon vorsichtiger, sprach man dann noch von 2,5 Prozent Wachstum, jetzt gab der neue Wirtschaftsminister Bangemann zu, daß auch dies wahrscheinlich nicht erreicht werde. Die Arbeitslosenzahlen, die Lehrstellenknappheit, die kontinuierlichen sozialen Kürzungen — all das hatte schon lang bewiesen, daß mit dem Aufschwung-Slogan nur die Reichen gemeint waren.

Die jüngsten Zahlen hatten nun deutlich gemacht, daß sich gerade auf diesen Sektoren nichts, aber auch gar nichts zum besseren für die Betroffenen ändert und auch nichts dergleichen abzusehen ist. Im Gegenteil, insgeheim erfolgte schon das Eingeständnis der Erwartung auf weiteres Ansteigen dieser üblen Zahlen. Wie die Bonner Regierung an Wohltaten an die Kapitalisten verteilte, nutzten diese, um ihre Betriebe durchzuforsten. Und nachdem selbst solche Ereignisse wie die Urlaubssaison und der Sommerschlußverkauf von der wirtschaftlichen Entwicklung sichtbar getroffen wurden, gibt es erstmals auch in dieser Koalition die Überlegung, den Konsum anzukurbeln, das Stichwort Steuerfreiheit für Zinsen wurde von Bangemann gegeben, vorher schon von Strauß. Da sie aufgrund ihrer allseitigen Bindungen ans Kapitals schlecht für Lohnerhöhungen eintreten können, testen sie schon mal im Vorfeld die Parole „verschuldet euch". Eine solche Maßnahme gegen die kapitalistische Krise war bereits 1974 gescheitert.

Von daher ist weder der Vorschlag besonders interessant noch die sich daran rankenden in dieser Koalition schon alltäglich gewordenen Zankereien. Interessant ist, daß in diesen Reihen eine bestimmte Unsicherheit aufzukommen beginnt — klar erkennbar allerdings auf der Grundlage der Fortsetzung der bisherigen Politik. Die Vergrößerung des Eigenkapitals, so verschiedenste „Fachleute" bleibe das zentrale Problem der Bonner Wirtschaftspolitik. Was heute so verlogen wie von jeher ist.

Gerade in den letzten Wochen und Monaten sind ungeheuerliche Summen Geld in die USA geschleust worden, Wechselkurs- und Hochzinspolitik animieren die Finanzkreise der BRD übermäßig krätig zur Spekulation, zum schnellen Geld mit der Kouponschneiderei. Die Behauptung vom Wirtschaftswachstum mag so zusehends nicht mehr aufrecht erhalten werden können — das Ziel des Profitwachstums wird konsequent verfolgt, ohne Rücksicht auf die Kosten — die haben ja eh die anderen zu tragen.

Antikriegstagsdemonstrationen des DGB am 1. September
Hamburg
9.30 Uhr, Moorweide
Bremen
Ludwigshafen — zum ersten Mal

Seit Jahren immer das gleiche Bild:

Mehr Umsatz, mehr Gewinn, mehr Entlassungen . . .

„Die hundert größten Industrieunternehmen 1983"

„Die Wochenzeitschrift „Die Zeit" veröffentlichte in ihrer letzten Ausgabe erneut ihre alljährliche „Rangliste" der 100 größten Industrieunternehmen der BRD. Und wieder ergibt sich das gewohnte Bild: Gerade die Großunternehmen bauen Arbeitsplätze verstärkt ab, bauen dafür ihre Profite weiter aus.

142000 Menschen weniger als 1982 arbeiteten letztes Jahr in diesen 100 Unternehmen, eine Verringerung um fast 4 Prozent. Dies bei einem Umsatz der — real gerechnet — um fast 1 Prozent anstieg, entlassen und rationalisieren bleibt das Motto der Kapitalisten.

Eine ganze Reihe dieser Betriebe sind nicht verpflichtet, Angaben über ihren Gewinn zu machen und tun es auch nicht, einige weisen Verluste aus (die, wie meist, vor allem so zustandekommen, daß sie Zinszahlungen an die Banken leisten, denen ohnehin ein Teil ihrer Aktien gehört) — aber immerhin machen mehr als 70 dieser Betriebe offiziell Angaben über Gewinne von weit mehr als 11 Milliarden Mark. Die Aktionäre dieser Firmen wurden mit mindestens 5 Milliarden Mark regelrecht überschüttet.

All dies steht im krassen Gegensatz zur üblichen Bonner Regierungspropaganda, wie sie mindestens genauso lange Zeit schon tönt, als von wachsenden Arbeitslosenzahlen die Rede ist: Es brauche nur mehr Gewinn, dann gäbe es auch mehr Arbeitsplätze — das erste gibt es, vom zweiten keine Spur.

Zu verzeichnen ist, daß mehr Kapital im Ausland investiert wird, das nahezu ausschließlich Rationalisierungsinvestitionen getätigt werden, daß immer mehr Gelder zu Spekulationszwecken benutzt werden — und daß sich an den Arbeitslosenzahlen nichts ändert. Zu verzeichnen ist, daß die alte Meinung, je größer das Unternehmen, desto sicherer der Arbeitsplatz immer weniger zutrifft. Zu schlußfolgern ist, daß nur im Kampf gegen das Kapital und seine Regierung die Arbeitslosigkeit angegangen werden kann.

Abdullah Tosun ist tot

Am Montag letzter Woche lasen wir eine Meldung in der „Westfälischen": Ein Junger Mann, Abdullah T., mit dem Fahrrad verunglückt und schwer verletzt. Die Sorge, die Angst bestätigten sich schon bald nach einem Anruf bei Freunden: ja, das ist „unser" Abdullah. Und er ist nicht nur schwer verletzt.

Abdullah Tosun, den wir wie alle seine Freunde fast immer nur „Apo" nannten, ist tot. Auf einer Kreuzung im Dortmunder Süden von einem Auto überfahren und seinen Verletzungen erlegen. Dabei hatte er gerade jetzt den Mut zum Leben gefunden...

Apo war aus der Türkei nach Deutschland gekommen. In Dortmund hoffte er Schutz zu finden vor der faschistischen Junta, die sich in seiner Heimat an die Macht geputscht hatte. Aber auch er machte die Erfahrung, wie wenig das Asylrecht in unserem Lande noch wert ist.

Zwei Selbstmordversuche hatte er hinter sich. Lieber sterben, als zurück in die Türkei, lieber sterben, als sich den Abschiebeandrohungen der deutschen Behörden zu unterwerfen.

Apo wurde auch beim zweiten Mal gerettet, behielt aber gesundheitliche Schäden und wurde auch die Angst nicht mehr los. Er erlebte den von NRW-Innenminister Schnoor verhängten vorübergehenden Abschiebestopp, er erlebte auch seine Aufhebung mit der verlogenen Begründung, in der Türkei würde niemand aufgrund eines Asylgesuches verfolgt; er erlebte schließlich die erneute Verhaftungs- und Ausweiseandrohung im Mai dieses Jahres. Aber er tat sich nicht erneut etwas an und er lernte der Angst zu begegnen, weil er Freunde gefunden hatte, die ihm halfen und Mut gaben.

Apo hat Solidarität aus verschiedenen Kreisen erfahren, aus Kirchenkreisen, aus der politischen Linken, von Menschen, die er irgendwo kennengelernt hatte. In den letzten Monaten bildete sich eine Solidaritätsgruppe, die ihm auf dem Sozialamt, mit dem Rechtsanwalt, in der Öffentlichkeit half. 600 Menschen auf dem Dortmunder Anti-Rotstift-Tribunal sprachen ihm ihre Solidarität aus. (Eine Gemeinsamkeit, die es für die Zukunft zu bewahren gilt!) Unter ihnen viele Sozialdemokraten. Und waren es auch die sozialdemokratischen Behörden des Landes und der Stadt, die ihm so viele Schwierigkeiten machten und zeitweilig in die Verzweifelung trieben, so hoffte er doch immer noch, daß sich auch in einflußreichen Stellen SPD-Mitglieder für ihn einsetzen und so den vielen schönen Worten Taten folgen lassen würden. Zuletzt hoffte er noch auf den Minister Jochimsen, den er auf einer Veranstaltung vor einigen Monaten persönlich angesprochen und der ihm Unterstützung zugesagt hatte. Bis zu seinem Tode hat er nicht wieder von ihm gehört.

Im Februar dieses Jahres wurde Apo Mitglied der KPD. Ein Schritt, für den sicher vor allem der enge Kontakt zu türkischen Genossen ausschlaggebend war. Wir, das heißt vor allem seine Genossen in Hörde, haben uns bemüht, der für uns dadurch noch erhöhten Verantwortung gerecht zu werden.

Zu den gemeinsamen Erlebnissen, die immer in Erinnerung bleiben werden, zählt für mich die Fahrradtour für Ausländer, die Wahlrecht für Ausländer, die die Volksfront im Juni organisiert hatte. Apo hat seinen Teil zu den recht vielen Unterschriften beigetragen, die wir mitbrachten, wie er auch in Dortmund selbst in seinem persönlichen Bekanntenkreis in Barop für diese und andere politische Anliegen mit Nachdruck und Erfolg geworben hat. In dieser Woche sind wir uns noch nähergekommen. Apo hat hier auch seine Freude am Fahrradfahren entdeckt. Dortmund allerdings ist keine Stadt für Fahrradfahrer.

Am 31. Juli haben wir Apo noch beim Umzug geholfen. Von den Ausländerbehörden war, im Zusammenhang mit einem in Gelsenkirchen anhängigen Klageverfahren, eine weitergehende Duldung erwirkt worden. Das Sozialamt hatte, nach langem Hin und Her, zu dem auch die Drohung der Einweisung ins Asylantenheim gehörte, der Übernahme der Miete für ein neues Zimmer zugestimmt.

Zwei Selbstmordversuche hatte Apo überstanden und wieder lachen und sich wehren gelernt. Und nun dieser Unfall...

Wir können ihm nicht mehr helfen. Der letzte Freundschaftsdienst, seine Überführung in die Türkei auf Wunsch seiner Eltern, konnte vor allem durch die beeindruckende Solidarität türkischer Kollegen von Hoesch erreicht werden, daß sie finanziert werden. Die Reaktion des Dortmunder Sozialamtes — wer erwartet noch anderes? —: „Dafür zahlen wir nichts!" Die von einem Freund angesprochenen Hoesch-Arbeiter brachten mit ihren Spenden, mit dem, was sie gerade hatten, den Großteil der erforderlichen 3000 Mark in drei Tagen auf. Insgesamt bleibt so von allen Spenden noch eine Unterstützung für die Familie.

Apo kann niemand mehr helfen. Aber wir vergessen den Behörden nicht, was sie ihm angetan haben. Wir vergessen nicht die Schreiben aus dem Büro des Dortmunder Oberstadtdirektors, in dem der Regierungspräsident NRW zur Unnachgiebigkeit aufgefordert wurde.

Wenn wir auch Apo nicht mehr helfen können, so gibt es doch noch so viele, deren Leben einen ebensolchen Einsatz erfordert, sind die politischen Zustände in der Türkei und in der BRD dieselben geblieben und schreien nach Veränderung. Die Verpflichtung, die wir Abdullah Tosun gegenüber übernommen haben, können und müssen wir täglich weiter einlösen. Im demokratischen Kampf, im Einsatz für andere politisch Verfolgte, im Kampf um den Sozialismus. Apo hat sich unserer Partei nicht nur deshalb angeschlossen, weil er hier viele Leute kannte. Er wollte mit uns für eine Gesellschaft kämpfen, in der die Menschenrechte gesichert sind, weil niemand mehr von ihrer Verletzung profitiert, in der faschistische Generäle, Folterknechte, Schreibtischmörder und ihre Hintermänner keine Existenzgrundlage mehr haben.

Im Kampf darum wird er uns als unvergeßlicher Freund und Genosse fehlen.

Dietrich Lohse

Korrespondenz

Da wird viel organisiert ...

Bericht über die Vorbereitungen zum „Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" in Baden-Württemberg und Bayern. Stand vom 5. August 1984.

Start der Aktion ist am 29.9. in Müchen. Vorgesehen ist eine Fahrt mit dem Bus durch verschiedene Stadtteile, unterbrochen von Informationsstopps. Weitere Vorbereitungen sind noch am laufen. Gegen Abend wird sich der Marsch in Richtung Nürnberg bewegen, wo er von der „Initiative Ausländer und Deutsche in Nürnberg" empfangen wird. Mitgetragen werden die Aktivitäten von Jusos, DKP und den Grünen. Es beginnt mit Demonstration und Kundgebung, anschließend ein Solidaritätsfest. Doch das ist nur der Auftakt für eine ganze Ausländerwoche. Auch die IG Metall macht in diesem Zeitraum eine Woche des ausländischen Arbeitnehmers in Nürnberg.

Am Sonntag, dem 30. September, bewegt sich der Marschzug nach Zirndorf zum dortigen Asyllager. Dabei wird das dortige Schwimmbad Ziel der Aktion sein. Aus hygienischen Gründen ist dort Asylsuchenden das Baden verboten. Nach gemeinsamen Bad mit den dortigen Asylsuchenden geht es wieder zurück nach Nürnberg und am nächsten Morgen weiter nach Heilbronn.

Der dortige Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit, als Träger der Aktivitäten, hat bereits am 29.9. sein traditionelles deutsch-ausländisches Freundschaftsfest vorgesehen, das dazu genutzt werden soll, auf dem Marschzug aufmerksam zu machen. Bei dessen Eintreffen wird er von einem Autokorso begleitet, anschließend Kundgebung in der Heilbronner Innenstadt. In Vorbereitung befinden sich diverse Aktivitäten zu dem in Heilbronn befindlichen Asylanten-Lager.

Am 2.10. geht's weiter nach Schwäbisch Gmünd, wo in dem Zeitraum eine Woche des ausländischen Mitbürgers stattfindet. (Filmveranstaltung, Theater, Folklore, Autorenlesungen etc.). Der 3.10. ist für Ulm reserviert. Die Vorbereitungen befinden sich dort jedoch erst im Anfangsstadium Das gleiche gilt für Pforzheim am 4.10.

Am 5.10. erreicht der Marsch Stuttgart. Wahrscheinlich wird es bereits am Abend zuvor eine Podiumsdiskussion geben. Am Abend des 5.10. findet eine große Kulturveranstaltung im DGB-Haus mit ausländischen Kulturbeiträgen, Rock gegen Ausländerfeindlichkeit, Theater, Markt der Möglichkeiten und Ausstellung im Foyer statt. Am Samstag, den 6.10. geht's dann weiter mit einer Demonstration (es ist in der Diskussion, sie als landeszentrale Aktion durchzuführen) von Stuttgart-Süd in die Innenstadt mit Kundgebung und Kulturprogramm auf dem Schloßplatz.

Gegen Abend geht's dann weiter nach Mannheim. Dort fndet eine Podiumsdiskussion mit Kulturveranstaltung statt. Eigentlich wäre für den 7.10. ein Ruhetag vorgesehen, bevor es weiter geht nach Wiesbaden. Aber aus Darmstadt wurde der dringende Wunsch geäußert, dort Station zu machen. Bekanntlich wird in Darmstadt von Seiten des Bürgermeisters eine üble Vertreibungspolitik gegen die Sintis praktiziert. Das soll Anlaß von Aktionen in Verbindung mit dem Marsch sein. Laut Programm ist Wiesbaden am 8.10., Frankfurt am 9.10., Gießen/Marburg 10.10., Kassel am 11.10., Siegburg/Bonn/Köln 12.10. und Abschluß in Köln 13.10.

Im folgenden ein noch unvollständiger Überblick über Aktivitäten in Städten, die nicht direkt vom Zug berührt werden, diesen aber unterstützen:

Freiburg: Woche des ausländischen Mitbürgers von gewerkschaftlichen, kirchlichen Kräften (Kultur, kommunales Wahlrecht, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit).

Karlsruhe: Am 5. und 6.10. Infostände, Kultur- und Diskussionsveranstaltung im Jugend- und Begegnungszentrum.

Tuttlingen: Tage des ausländischen Mitbürgers (zwei Wochen lang), getragen vom „Internationalen Stammtisch".

Konstanz: Verschiedene Aktivitäten getragen vom AStA der Uni.

Tübingen: Unterstützen die Stuttgarter Aktivitäten.

Reutlingen: Woche des ausländischen Mitbürgers, allerdings bisher ohne Verbindung zum Marsch und Frankfurter Appell.

Noch ein paar Anmerkungen zu dem Argument der IAF bezüglich fehlender Bündnisbreite:

Die Unterstützung durch ein sehr breites Spektrum fortschrittlicher Organisationen für den Marsch kann hauptsächlich auf Grundlage der örtlichen Arbeit realisiert werden. Wenn auch auf zentraler Ebene das Spektrum eingeschränkt sein mag, so ist es an vielen Orten sehr breit und reicht von den Kirchen, über direkte oder indirekte Unterstützung der Gewerkschaften, ausländischen Vereinen, Grünen, Jusos, DKP, VVN, Volksfront, KPD, BWK, Falken und Wahlbündnissen zur Kommunalwahl im Oktober.

In der Regel hängt das von der bisher schon geleisteten Arbeit ab. Natürlich spielen auch politische Antipathien eine Rolle, so z.B. wenn die Interessengemeinschaft ausländischer Mitbürger in Stuttgart als Organisation sich der Meinung der IAF anschließt. Durch ein Verschieben des Marsches werden die örtlichen Aktivitäten eher gebremst als gefördert. Wichtig ist, daß die örtlichen Initiativen sich nicht nur auf den Frankfurter Appell stützen, sondern aufgrund örtlicher Begebenheiten und Aktivitäten breite Bündnisse schließen.

Wenn wir konkretere Informationen haben, werden wir sie zusenden.

Tschüß für heute

Zum DGB-Aufruf

So bestimmt nicht!

„Nie wieder Krieg", fordert der DGB-Bundesvorstand in seinem Aufruf zum diesjährigen Antikriegstag am 1. September. Keine Frage, diese Losung ist ebenso zu begrüßen, wie die Tatsache, daß der DGB überhaupt zum Antikriegstag aufruft — was ja beileibe nicht immer eine Selbstverständlichkeit war. Wir drucken den Text des Aufrufs nebenstehend ab.

Will man ihn an dieser Stelle kurz kommentieren, so kann das Fazit eigentlich nur lauten: So wird bestimmt nicht gesichert, daß es nie wieder Krieg gibt.

Der Aufruf ist ein Katalog der Forderungen des SPD-Vorstandes und könnte durchaus von Vogel persönlich formuliert sein. So zeichnet er sich vor allem durch zwei Dinge aus: Konkreten Fragestellungen wird ausgewichen und die Forderungen orientieren an die traditionelle sozialdemokratische „Entspannungspolitik".

Wenn da ihre konsequente Fortsetzung gefordert wird, so wird nicht nur von den aktuellen Auseinandersetzungen um eben diese Entspannungspolitik und ihre Bedeutung keine Notiz genommen, sondern es wird auch darüber hinweggegangen, daß eben diese Politik auch schon atomare Aufrüstung usw. mit einschloß. Das selbe gilt für die ewige Phrase von der Rüstungskontrolle, die ja ebenfalls bei nüchterner Betrachtung keine positive Bilanz gegen Aufrüstung aufweisen kann, im Gegenteil, oft genug faktisch nur eine Rahmenabsprache für weitere Aufrüstung darstellte.

Diese beiden Forderungen, zusammen mit der nach der Wiederaufnahme von Verhandlungen, sie stellen sozusagen das sozialdemokratische Kernprogramm in der Frage der Friedenssicherung dar. Polemisch betrachtet fällt einem das Kabarettisten-Zitat ein, daß die SPD den Frieden vor dem ersten, dem zweiten und auch dem dritten Weltkrieg gesichert hat...

Nicht einmal der Versuch wird da gemacht, diese ganze Entwicklung, die Grundlagen und Wirkungsweise der sogenannten Entspannungspolitik da zu bewerten — was verständlich ist, denn bei genauer Betrachtung müßte notwendigerweise eine für die SPD-Absichten negative Bilanz herauskommen.

Aber es sind nicht nur diese, vom SPD-Vorstand nur desweiteren wohl nicht diktierten Passagen, weil es nicht nötig war, die diesen Aufruf zu einem untauglichen Instrument im Kampf für den Frieden machen.

Die Rüstungsexporte sollen nicht ausgeweitet werden, der Rest international geregelt — das eben ist ein Beispiel dafür, wie man sich vor wirklichen Auseinandersetzungen flüchtet. Nur ja nicht grundsätzlich gegen bundesdeutschen Waffenhandel Stellung nehmen, heißt da die Devise. Kein Konfrontation mit den kapitalistischen Profiteuren am Massenmord, kein Wort der Kritik an der Waffenhandelspraxis, wie sie bereits unter Brandt und Schmidt gehandhabt wurde, geschweige denn ein leichter „Schlenker" gegen neue Bestrebungen der Bonner Koalition.

Abgerundet wird dies alles durch Forderungen die so, wie sie gestellt sind, unverständlich bleiben, den Anschein erwecken als sollten sie bloß als gutklingende Garnitur verwendet werden, weil sie weder mit aktuellen Problemlagen zu tun haben, noch konkret sind: Bessere Information, Alternativen für Rüstungsbetriebe, Friedensforschung. Da wären eine andere Politik (denn rüstungsspezifische Informationen waren und sind wahrlich nicht das Entscheidende), ein Exportstopp für Waffen, (der erst zu Alternativen zwingen würde), und die Schaffung von Fakten (beispielsweise, unter vielem möglichen, die Anerkennung der DDR), Forderungen, die an dieser Stelle nicht nur wichtiger sondern auch treffend wären.

Nein, eine Politik zur Sicherung des Friedens, die auf der Basis eines solchen Aufrufs gemacht würde, könnte, selbst wenn sie es noch so ernsthaft wollte, (was zu bewerten ein anderes Kapitel ist), nicht erfolgreich sein. Um so mehr wird es wichtig sein, bei solchen Aktionen sich darum zu bemühen, konkrete und deutliche Losungen bekanntzumachen, die die Zielrichtung eines wirklichen Kampfes für den Frieden beinhalten und die sich in erster Linie gegen die Politik der Bundesregierung und der NATO richten müssen.

Aufruf des DGB zum Antikriegstag 1984

Nie wieder Krieg

Abrüsten statt Aufrüsten

Am 1. September 1984 ruft der DGB alle Arbeitnehmer auf, aktiv und gewaltfrei für die Sicherung des Friedens einzutreten und an den gewerkschaftlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Die Friedenssehnsucht ist tief in der gewerkschaftlichen Tradition verankert. Seit Beginn der Gewerkschaftsbewegung haben Arbeitnehmer für das friedvolle Miteinander der Völker in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft.

Wir fordern:

Das Wettrüsten muß beendet werden. Ziel ist eine umfassende Abrüstung und die Beseitigung der Massenvernichtungsmittel in Ost und West.

Die Entspannungspolitik muß konsequent fortgesetzt und zu einer Sicherheitspartnerschaft weiterentwickelt werden.

Die Stationierung neuer atomarer Mittelstrecken- und Kurzstreckenwaffen in Europa muß unverzüglich gestoppt werden. Die Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen müssen wieder aufgenommen und mit den Verhandlungen über interkontinentale Nuklearwaffen zusammengelegt werden. Ziel muß dabei sein, alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art abzubauen.

Zu einer Politik der Friedenssicherung durch Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen gibt es keine Alternative.

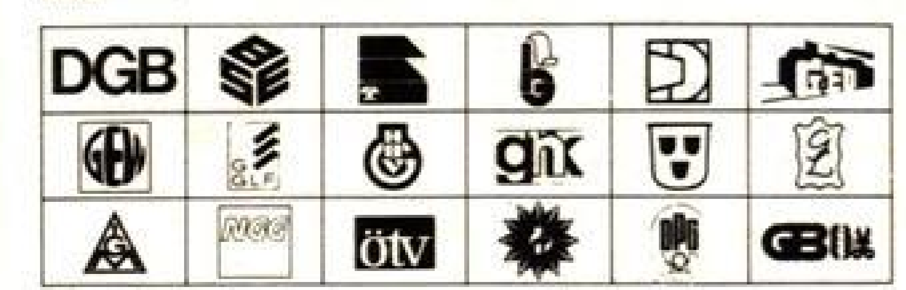
Die Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik dürfen nicht ausgeweitet werden. Alle Waffenexporte in die Dritte Welt sind einzuschränken bzw. zu beenden. Zur Beschränkung des Waffenhandels sind internationale Regelungen zu schaffen.

Militär- und rüstungsspezifische Informationen müssen verstärkt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben muß unter Beteiligung der Gewerkschaften erfolgen.

Die Friedensforschung und die Friedenserziehung an den Schulen müssen offensiver ausgebaut werden.

Der DGB fordert die weltweite Respektierung der Menschenrechte einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle Menschen. Demokratie, Gewerkschaftsrechte und sichere Arbeitsplätze sind die besten Garanten für Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit.



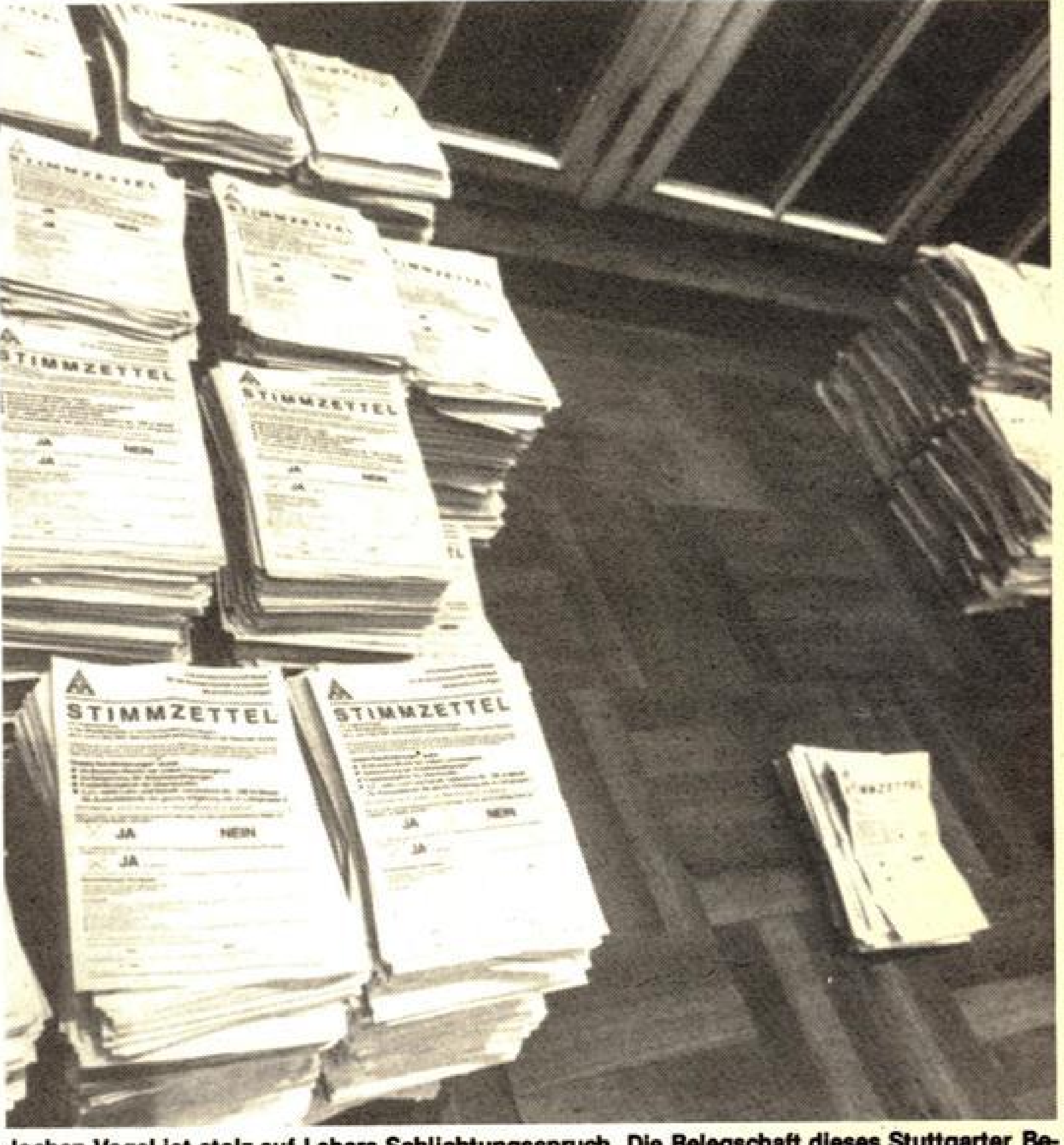
Verantwortlich: DGB Kreis Freie und Hansestadt Hamburg, Besenbinderhof 60, 2000 Hamburg 1
Druck: Verlag und Druckerei Hintze & Sachse GmbH, 2000 Hamburg 20. Auflage: 50 000

Achtung!
Zum 1. September erscheint ein zentrales Flugblatt der KPD, das als Druckvorlage an die Ortsgruppen geht.

Die „Tugend des Kompromisses"

Die SPD und der Kampf für die 35-Stunden-Woche

Viele sozialdemokratische Kolleginnen und Kollegen gehörten zu denen, die den Streik in der Metall- und Druckindustrie für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich am aktivsten getragen haben. Viele von ihnen gehörten zu denen, die in der Urabstimmung über den Leber-Kompromiß mit NEIN gestimmt haben. Jochen Vogel aber, Führer der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Partei, rühmte den Parteifreund Leber mit den schlichten Worten: „Wir sind stolz auf Dich!"



Jochen Vogel ist stolz auf Lebers Schlichtungsspruch. Die Belegschaft dieses Stuttgarter Betriebes offenkundig weniger. Links die Nein-Stimmen, rechts die Befürworter des Leberknödels.

Ein anderer Sozialdemokrat, Exbundeskanzler Helmut Schmidt, erklärte auf dem Essener Parteitag, worauf er stolz ist: „In den letzten zehn Jahren bis einschließlich 1982 lag unsere Streikrate oder unsere Rate der verlorenen Arbeitstage im Weltvergleich weit unter der Japans und meilenweit unter der Frankreichs, der USA, Englands oder Italiens. Wir waren stolz auf den sozialen Konsensus, der das ermöglicht hat."

Gewiß, der gleiche Essener Parteitag — er fand während des Arbeitskampfes statt — hat sich unter anderem auch für die 35-Stunden-Woche (ohne Lohnausgleich) ausgesprochen, aber Georg Leber muß deshalb kein schlechtes Gewissen haben: die Grube, die er den für die 35-Stunden-Woche streikenden Metallern gegraben hat, entspricht durchaus der sozialdemokratischen Programmatik. So wurde im Europa-Wahlprogramm der SPD, mit dem während des Streiks um Wählerstimmen geworben wurde, die 35-Stunden-Woche mit keinem Wort erwähnt. Stattdessen wird als Schwerpunkt einer „zukunftsorientierten Politik" genannt: „eine erhebliche Verkürzung und flexible Gestaltung der Arbeitszeit". Lebers Schlichtungsvorschlag ist da angelegt.

„Unser Gesellschaftssystem wird zuschande geritten"

In der aktuellen Stunde des Bundestages zum Arbeitskampf wurde deutlich, wie die SPD versucht, einerseits für die Gewerkschaften Partei zu ergreifen, ohne andererseits die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zu ihrer Sache zu erklären.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Steinhauer: „Der Streik konnte nicht vermieden werden, weil sich die Arbeitgeber absolut stur gezeigt haben. Die Gewerkschaften waren kompromißbereit."

Der SPD-Abgeordnete Lutz: „Herr Arbeitsminister, Sie haben zu einem flächendeckenden Brand im Tarifkonflikt beigetragen. Nun beklagen Sie nach der Art der Biedermänner die Folgen ihres frevelhaften Treibens. Nicht der Aufschwung wird kaputtgestreikt. Unser Gesellschaftssystem wird zuschandegeritten, wenn Sie und ihre Entreicherer die Tugend des Kompromisses im Tarifkonflikt nicht wiederentdecken. Sie haben vom Kanzler bis zum Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit ein schlimmes Beispiel einseitiger Parteinahme gegeben. Ihr Kanzler hat sich als Vermittler disqualifiziert, der Arbeitsminister ebenfalls. Auch der Wirtschaftsminister wäre nicht in der Lage, Vermittler zu sein. Er ist auch in andere Affären verstrickt."

Eine einigermaßen klare Argumentation für die 35-Stunden-Woche (geschweige denn für den Lohnausgleich) war in der Bundestagsdebatte von sozialdemokratischer Seite nicht zu hören. Die SPD-Führung, die sozialdemokratische Bundestagsfraktion versuchten vor allem,sich als die bessere Regierungspartei der Bourgeoisie darzustellen. Sie spekulierten darauf, daß die gewerkschaftliche Anhängerschaft in den Betrieben ausreichend bei der Stange gehalten werden kann, wenn nur deutlich Opposition gemacht würde gegen den aggressiven Konfrontationskurs, den die Regierungsparteien gegenüber den Gewerkschaften eingeschlagen hatten.

Den Unternehmern aber machte sie folgende Rechnung auf: die CDU/CSU und die FDP sind nicht in der Lage, den sozialen Frieden zu wahren. Bereits jetzt gibt es einen langen und teuren Streik. Die Folgen dieser Politik aber werden noch schlimmer sein: die von uns bewerkstelligte Integration der Gewerkschaften in das bestehende System bürgerlicher Politik wird zerstört und das wird sich nicht nur ökonomisch nachteilig für das Unternehmertum auswirken, es kann zur Zerstörung des kapitalistischen Systems führen. Nur unser Einfluß auf die Gewerkschaften kann eine solche Zuspitzung der Klassenkämpfe verhindern. In diesem Sinne hat Leber mit seiner erfolgreichen Zerschlichtung des Streiks den Nutzen der SPD für die Unternehmer unter Beweis gestellt.

Der soziale Frieden als Produktivkraft?

Natürlich brauchen die Unternehmer keinen Georg Leber, keinen Jochen Vogel oder Willy Brandt, um zu wissen, daß sie Streiks dadurch vermeiden können, daß sie die gewerkschaftlichen Forderungen akzeptieren. Nur geht es ihnen ja um den größtmöglichen Profit, der sich nur durch die größtmögliche Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse erzielen läßt. Eben deshalb kann die SPD, die sich dem Kapital als Regierungspartei andient, nicht die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zu ihrer Sache erklären, sondern muß gegenüber den Unternehmern gerade den Nachweis bemüht sein, daß letztlich die SPD und ihre Fähigkeit zur sozialpartnerschaftlichen Einbindung der Gewerkschaften die besten Bedingungen für das Florieren der Geschäfte und das weltweite Erstarken des westdeutschen Kapitals schafft.

Das versuchte etwa der neue (sozialdemokratische) hessische Wirtschaftsminister Dr. Ulrich Steger noch in seiner damaligen Funktion als Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Forschung und Technologie auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die während des Streiks stattfand und über die in der Juli/August-Ausgabe der „Quelle", der Funktionärszeitschrift des DGB, äußerst zustimmend berichtet wird. Steger stellt die Spitzenposition des westdeutschen Kapitals im internationalen Konkurrenzkampf dar, um die Unternehmerpropaganda zu „widerlegen", die gewerkschaftlichen Forderungen hätten zur Schwächung der westdeutschen Wirtschaft, zum Verlust ihrer Konkurrenzfähigkeit geführt.



Laut „Quelle" stellt Steger vor allem den schnellen Anstieg der Arbeitsproduktivität und die niedrigen Lohnstückkosten als Faktoren heraus, die den westdeutschen Kapitalisten einen Vorteil gegenüber der ausländischen Konkurrenz verschaffen. Steigende Arbeitsproduktivität und sinkende Lohnstückkosten — was ist das anderes als eine Umschreibung dafür, daß es den Kapitalisten gelungen ist, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu steigern? Steger aber formuliert es auf sozialdemokratisch: der soziale Frieden sei als Produktivkraft genutzt worden. In Wirklichkeit geht es vor allem um die Nutzung der Produktivkraft Arbeit durch die Kapitalisten und darum, daß das immerwährende sozialdemokratische Bemühen um den sozialen Frieden dazu geführt hat, daß die Gewerkschaften der ständig steigenden Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten keinen ausreichenden Widerstand entgegensetzten.

Wer möglichst niedrige Lohnstückkosten als Erfolg maßvoller Gewerkschaftspolitik rühmt, der konnte unmöglich wollen, daß die IG Metall und die IG Druck & Papier im Streik tatsächlich die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erzwingen; denn natürlich hätte das zu einem Anstieg der Lohnstückkosten geführt. Wer den Weltrekord im Wachstum der Arbeitsproduktivität anstrebt, der kann unmöglich den Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze ernst meinen; denn der schnelle Anstieg der Arbeitsproduktivität führt, jedenfalls unter den gegenwärtigen Bedingungen der stagnierenden bzw. nur sehr langsam steigenden Industrieproduktion, selbstverständlich dazu, daß die Produktion mit weniger Arbeitern und Angestellten bewerkstelligt werden kann.

Die SPD will keine Partei der Gewerkschaften sein

Die SPD ist die Partei, durch die sich die überwältigende Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten politisch am meisten vertreten fühlt. Die SPD ist die Partei, die über 80 Prozent der Vorstandsmitglieder der DGB-Gewerkschaften stellt. Die SPD ist die Partei, die den gesamten Gewerkschaftsapparat nach wie vor weitgehend unangefochten kontrolliert. Unter den sozialdemokratischen oder sozialdemokratisch orientierten unteren und mittleren Gewerkschaftsfunktionären gibt es viele, die die SPD als Arbeiterpartei, als politische Partei der Gewerkschaftsbewegung sehen bzw. sie in eine solche Richtung verändern wollen. Eben das will die Führung der SPD nicht. Sie will ihren vorherrschenden Einfluß auf die Gewerkschaften natürlich behaupten, weil darin ihr hauptsächlicher Nutzen für die Bourgeoisie als potentielle Regierungspartei liegt. Aber eine Partei zur Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen darf die SPD auch im reformistisch eingeschränkten Sinn nicht sein, wenn sie für die Kapitalistenorganisationen weiterhin als Regierungsalternative gelten will.

Die Opposition, die die SPD während des Streikkampfes gegen die offene Regierung des Kapitals trieb, war nicht die einer Partei, die eine Regierung im Interesse der Gewerkschaften und zur Verwirklichung ihrer Forderungen anstrebt. Die SPD hat die Regierung nicht angegriffen, weil sie sich nicht für die berechtigte Forderung der Arbeiter und Angestellten eingesetzt. Sie hat in der Opposition auch nicht versprochen, daß sie als Regierungspartei sich für die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche stark machen würde — etwa durch eine Änderung der Arbeitszeitordnung im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen oder durch eine Vereinbarung über die Einführung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst (auf einen entsprechenden Antrag der GRÜNEN im Frankfurter Stadtrat, für die kommunalen Beschäftigten die 35-Stunden-Woche einzuführen, hat die SPD-Fraktion mit ausweichender Begründung ablehnend reagiert). Die SPD im Bundestag hat angesichts des Aussperrungsterrors der Unternehmer noch nicht einmal das Verbot der Aussperrung gefordert, sondern eine entsprechende Gesetzesinitiative den GRÜNEN überlassen.

Der zentrale Vorwurf der sozialdemokratischen Opposition an die Regierung war der, daß sie infolge der Einseitigkeit ihres Auftretens nicht in der Lage war, den Streik zu verhindern oder zumindest abzukürzen.

Diese ausgesprochene Dürftigkeit ihrer Opposition gegen die Regierung sollte teilweise durch ungewohnt wortradikales Geklingel verborgen werden. Wie wenig Gewicht derartige radikal klingende, nur zur Befriedigung der fernsehenden Basis abgesonderte Sprüche in Wirklichkeit haben, machte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Roth, jetzt noch einmal deutlich. Während des Streiks hatte er die Regierung als Kampftruppe der Unternehmer angegriffen. Nach dem Streik nutzte er das Sommerloch, um mit dem Vorschlag einer großen Koaliton von sich reden zu machen.

Brauchen wir die Unternehmer?

Die Rolle der SPD in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich hat gezeigt, daß die Hoffnungen jener sich nicht erfüllt haben und nicht erfüllen werden, die glaubten, die SPD in der Opposition werde eine deutliche Linkswendung vollziehen, wenn man unter „links" klassenkämpferisch versteht. Erfüllt hat sich vielmehr, was Helmut Schmidt auf dem Essener Parteitag gefordert hat: „Eine Partei in der Opposition, die Regierungsverantwortung getragen hat und für die Zukunft wieder vor sich hat, verlöre ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie an jeder Zäsur meinte, die Welt neu erfinden zu müssen. In der Opposition von heute muß unsere Regierungsverantwortung von gestern erkennbar sein, und in unserer Regierungspraxis von morgen muß wiederum unsere Oppositionsarbeit von heute erkennbar bleiben."

In der Tat, die heutige SPD in der Opposition läßt die SPD der Regierung Schmidt noch erkennen, die auch schon nichts gegen die Massenarbeitslosigkeit getan hat, stattdessen aber immer stärker dem Drängen der Unternehmer, den Staatshaushalt zu ihren Gunsten umzuverteilen und die Lasten der Krise durch Sozialabbau auf die Arbeiter und Angestellten, die ärmeren Bevölkerungsschichten abzuwälzen, nachgekommen ist. Und wir erkennen in der heute oppositionellen SPD durch alle Windungen und Wendungen das Hauptbestreben, sich der Bourgeoisie als Regierungspartei für morgen anzudienen.

Was aber, wenn die ausschlaggebenden Teile des Finanzkapitals das sozialdemokratische Angebot, den Wendeversuch abzubrechen und zur Politik der sozialpartnerschaftlichen Einbindung mit der SPD als Regierungspartei zurückzukehren, ausschlagen? Wenn in den Zentralen der Kapitalorganisationen die Denkpause nach den Streiks in der Metall- und Druckindustrie beendet sein wird, werden die nackten Tatsachen nicht wesentlich anders aussehen als vor rund eineinhalb Jahren, als man die SPD aus der Regierung jagte. Gewiß: die Gewerkschaften haben sich als zäher, die Wendemehrheit als zerbrechlicher, das konservative Lager als verrotteter und seine politischen Führer als unfähiger erwiesen als angenommen. Aber an der grundsätzlichen Einschätzung der Lage durch die ausschlaggebenden finanzkapitalistischen Kreise wird sich nichts geändert haben: sie sehen die zu erwartende krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft weit illusionsloser als die SPD es sich traut. Daß die Massenarbeitslosigkeit sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre mehr als verdoppeln wird, ist wahrscheinlich. Daß bei sich verschärfender krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklung die rücksichtslose Herabdrückung der Lebenslage der Arbeiterklasse die Hauptmethode zur Sanierung der Profite sein muß, ist ausgemacht. Daß sich unter diesen Bedingungen eine Politik der sozialpartnerschaftlichen Einbindung der Gewerkschaften betreiben läßt, widerspricht allen Erfahrungen.

Deswegen wird es den wesentlichen Kapitalskreisen weiter darum gehen, die politischen Bedingungen für eine Konfrontation mit den Gewerkschaften zu schaffen. Die Zerstörung des gewerkschaftlichen Widerstandspotentials auf die eine oder andere Weise ist politisches Ziel eines wachsenden Teil der Unternehmer.

Diesmal haben die Wendestrategen ihr Ziel noch nicht erreicht. Der sozialdemokratische Leberhaken hat aber auch verhindert, daß die Schlacht um die 35 Stunden zu einer wirklichen Stärkung der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse gegen Kapital und Reaktion geführt hat. Der vorherrschende sozialdemokratische Einfluß droht heute mehr denn je die Gewerkschaften gegenüber Kapital und Reaktion zu entwaffnen.

Während die kapitalistische Entwicklung auf eine entscheidende Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit zuzusteuern scheint, tritt die Sozialdemokratie für das Bündnis mit der Bourgeoisie ein.

Helmut Schmidt sagte auf dem Essener Parteitag, nachdem er die Delegierten aufforderte „erschreckt bitte nicht“: „Was wir brauchen, sind kreative, nicht nur wägende, sondern auch wagende Unternehmer.“ Wer Äußerungen des Bundeskanzlers von gestern für die SPD von heute nicht für verbindlich hält, möge nachlesen, daß Peter Glotz das Bündnis der traditionellen Linken mit den „nachdenklichen Minderheit der Wachstumskapitale“ für notwendig hält. (vgl. Peter Glotz, Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken, in: Spiegel 12/13 1984).

Wer sich über die Geschichte der Arbeiterbewegung ein paar Gedanken gemacht, weiß: auf diese nachdenklichen, vernünftigen, gemäßigten Teile der Bourgeoisie hoffte die SPD-Führung 1933 noch, als die Schaftstiefel der SA schon die Türen der Gewerkschaftshäuser eintraten.

Gibt es nachdenklichere Kapitalisten? Wahrscheinlich. Wahrscheinlich hat Peter Glotz sogar eine ganze Reihe Kapitalisten in seiner Partei, die er nachdenklich findet. Darum geht es nicht. Gab es 1933 nachdenkliche Kapitalisten, die gegen Hitler waren? Selbstverständlich. Es gab sogar Kapitalisten, die von den Nazis eingesperrt, enteignet, aus Deutschland vertrieben wurden. Aber die ausschlaggebenden finanzkapitalistischen Kreise betrieben den faschistischen Kurs und setzten den Faschismus als **die** Politik der kapitalistischen Klasse durch.

Gab es im letzten Arbeitskampf Kapitalisten, die mit dem kalten und heißen Aussperrungsterror von Gesamtmetall nicht einverstanden waren? Die IG Metall hat von solchen Fällen berichtet. Aber die ausschlaggebenden Kreise der Metallindustriellen haben ungeachtet von etwaigen kleinen nachdenklichen Minderheiten den Aussperrungsterror und damit die Konfrontationsstrategie gegen die IG Metall zur Linie der Metallkapitalisten gemacht. Ob es Sinn hat, einen führenden Sozialdemokraten wie Peter Glotz aufzufordern, die Realität der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes zur Kenntnis zu nehmen?

Hände weg von der Verfügungsgewalt der Unternehmer?

Wer das Schicksal der Arbeiterklasse wie Schmidt von „wagenden Unternehmern“ (sie haben sich schon einmal bis fast nach Moskau gewagt) abhängig machen will oder Schützenhilfe bei Teilen des Wachstumskapitals sucht wie Peter Glotz, der also — koste es, was es wolle — die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie sucht, der muß auch für den Erhalt der kapitalistischen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel eintreten. Nun hat sich aber in den letzten Jahren zaghaft, zögernd und durchaus unklar formuliert in der Arbeiterklasse ein Bestreben entwickelt, zumindest dort Eingriffe in die freie Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Werke zu fordern, wo eben diese unternehmerische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit führt.

Peter Glotz sieht's mit Schrecken: „Die klassische Reaktion sozialistischer Wirtschaftspolitik auf die instabile und gefährliche wirtschaftliche Situation der westdeutschen Industriegesellschaft ist der verständliche Reflex: Stärkung des Staates. Es ist der Weg, den die französischen Sozialisten und Labour zu gehen versuchten, der Weg über die Verfügungsgewalt über Eigentum. Das erste große Verstaatlichungstransparent der letzten Jahre, das ich gesehen habe, beherrschte die Szene auf der Wiese von der Bonner Universität bei der Stahlarbeiter-Demonstration im September 1983. Die größte Arbeitsgemeinschaft der SPD, die für Arbeitnehmerfragen, hat ebenso wie die IG Metall die alte Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien erneuert. Mein Rat lautet: Fangen wir diese Auseinandersetzung in Deutschland nicht an.“ (Spiegel 13/1984, S. 118)

Er hat's spät gesehen, sein erstes großes Verstaatlichungstransparent. Vielleicht wäre er weniger überrascht und erschrocken gewesen, wenn er als Bundesgeschäftsführer der SPD einen Teil der Zeit, die er offensichtlich mit Nachdenken über nachdenkliche Teile des Wachstumskapitals verbringt, für die sozialdemokratischen Betriebsgruppen in der Stahlindustrie erübrigen würde.

Wir Kommunisten meinen: eben die Auseinandersetzung, die Peter Glotz und die Führung der SPD nicht anfangen wollen, muß die Arbeiterklasse anfangen und gewinnen. Sie muß den Kapitalisten die Verfügungsgewalt über die Werke entreißen, die große Industrie vergesellschaften, die Wirtschaft ihren Interessen entsprechend planen und organisieren. Mit einem Wort: sie muß den Kapitalismus beseitigen; denn der Kapitalismus einschließlich der wagendsten und nachdenklichsten Teile des Wachstumskapitals wird in den nächsten Jahren ungeheure Massenarbeitslosigkeit, umfassende Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten, frontale Angriffe auf die gewerkschaftlichen Positionen bedeuten.

Die schreckliche sozialdemokratische „Tugend des Kompromisses“ hat für die deutsche Arbeiterbewegung schon einmal in die Katastrophe geführt. Wenn die Streiks für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich über den mehr als mageren Abschluß hinaus ein bleibendes Ergebnis erbracht haben, dann hoffentlich dies: daß die Arbeiter und Angestellten im Kampf ihre Kraft und Stärke erkannt haben, ihre Fähigkeit zum Sieg über Kapital und Reaktion, ihre Befähigung, anstelle der Kapitalistenklasse zur führenden Klasse der Gesellschaft aufzusteigen. Helmut Schmidt und Peter Glotz, erschrecken Sie bitte nicht.

BMW/Westberlin

Wahlanfechtung erfolgreich

Die 18. Kammer des Arbeitsgerichts Berlin hat entschieden, daß die Betriebsratswahl bei BMW/Berlin ungültig war. Das ist ein wichtiger Erfolg der nach der Betriebsratswahl von BMW entlassenen Gewerkschafter Rainer Knirsch, Peter Vollmer und Hans Köbrich.

Wie mehrfach im Roten Morgen berichtet, hatte sich die Werksleitung massiv in die Betriebsratswahl eingemischt, um zu erreichen, daß vor allem die damaligen Betriebsräte Rainer Knirsch und Peter Vollmer nicht wieder gewählt wurden. Werksleiter Glas hatte auf einer Belegschaftsversammlung nicht nur sinngemäß erklärt, unflexible Ideologen wie Knirsch und Vollmer seien bei BMW fehl am Platz, sondern auch für den Fall ihrer Wiederwahl mit der Streichung von außertariflichen Zulagen gedroht und ziemlich unverblümt zur Wahl der sogenannten "Mannschaft der Vernunft" aufgerufen.

BMW hatte außerdem für die „Mannschaft der Vernunft“ die eigene Wahlzeitung hergestellt und finanziert.

Jeder dieser beiden Komplexe wurde vom Arbeitsgericht schon als ausreichend für eine Wahlanfechtung angesehen.

Wie im Roten Morgen ebenfalls bereits berichtet, haben Peter Vollmer und Rainer Knirsch auch ihre Kündigungsschutzklagen gegen BMW gewonnen. Das Arbeitsgericht verurteilte BMW dazu, Hans Köbrich und Peter Vollmer zu alten Bedingungen weiterzubeschäftigen. BMW hat aber auch nach diesem Urteil bislang eine Weiterbeschäftigung abgelehnt. Die Kündigungsklage von Rainer Knirsch läuft noch, weil das Gericht zunächst noch klären will, ob der Betriebsrat überhaupt korrekt gehört wurde.

Welche Konsequenzen sich aus der erfolgreichen Wahlanfechtung in der Praxis ergeben, ist noch unklar. Die sauberste Lösung wäre ein Rücktritt des derzeitigen Betriebsrates, wodurch es zu baldigen Neuwahlen käme. So wurde nach der erfolgreichen Wahlanfechtung der „konsequenten Gewerkschafter“ etwa bei Mannesmann in Duisburg verfahren. Der BMW-Betriebsrat aber scheint nicht bereit zu sein, den Weg für diese schnelle und demokratische Lösung freizumachen. Hier wäre ein klares Wort der Westberliner IG Metall angebracht, die den Kollegen Knirsch, Köbrich und Vollmer zwar in der Kündigungsschutzklage Rechtsschutz gewährte, die Wahlanfechtung aber nicht unterstützte, weil die IG Metall bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern nicht Partei ergreifen dürfe. Hintergrund: auch die von BMW massiv unterstützte „Mannschaft der Vernunft“ besteht aus Mitgliedern der IG Metall.

Nachdem das Arbeitsgericht jetzt die Ungültigkeit der Wahl festgestellt hat, ist von der Westberliner IG Metall zu fordern, daß sie ihren Mitgliedern im derzeitigen BMW-Betriebsrat unmißverständlich klarmacht, daß ein Rücktritt des Betriebsrates und Neuwahlen im Interesse der Einheit und des Ansehens der IG Metall notwendig sind.

Die Geschäftsleitung von BMW scheint entschlossen, eine Neuwahl des Betriebsrates so lange wie möglich zu verhindern.

Franke muß zahlen

Die Anordnung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, den kalt ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, bleibt weiter außer Kraft. Die 7. Kammer des Frankfurter Sozialgerichts lehnte es am 9. August ab, seine am 12. Juni erlassene und vom Landessozialgericht bestätigte einstweilige Anordnung gegen den Franke-Erlaß wieder aufzuheben, wie die Metallkapitalisten beantragt hatten. Der Rechtsstreit ist damit zwar noch nicht beendet, die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit des Franke-Erlasses wird noch in einem Hauptsacheverfahren zu klären sein, aber die jetzige Entscheidung muß zur Folge haben, daß allen Kolleginnen und Kollegen, die von der kalten Aussperrung betroffen waren und noch kein Geld gesehen haben, das Kurzarbeitergeld jetzt nachträglich ausgezahlt wird.

Skandalöses Urteil des LAG/Hamburg

Kündigungsschutzklage von Uwe Zabel gegen AEG abgewiesen

Uwe Zabel, Vertrauensmann der IG Metall beim AEG-Schiffbau in Hamburg, hat vor dem Landesarbeitsgericht Hamburg eine Kündigungsschutzklage gegen AEG verloren. AEG hat damit in ihren seit 1979(!) dauernden Bemühungen, den unbequemen Gewerkschafter loszuwerden, einen vorläufigen juristischen Erfolg errungen.

1979 wollte das Unternehmen den damaligen Jugendvertreter schon zur Kündigung drängen. Ihm wurden von AEG 30000 Mark Abfindung und für ein Jahr Lohnfortzahlung versprochen, wenn er nach der Lehre den Betrieb verlassen würde. Uwe Zabel lehnte ab.

Prompt nach Ablauf des gesetzlichen Kündigungsschutzes für Jugendvertreter wurde ihm dann wegen angeblicher Arbeitsfehler gekündigt. Nach einjähriger Arbeitslosigkeit gewann Uwe Zabel den Kündigungsschutzprozeß. Das Hamburger Arbeitsgericht verfügte, daß AEG Uwe Zabel zu unveränderten Bedingungen als Feinmechaniker weiterbeschäftigen müsse. AEG ignorierte das Urteil und belegte Uwe Zabel mit Hausverbot.

Am 13. Oktober 1982 erging gegen AEG ein Beschluß, demzufolge das Unternehmen für jeden Tag, an dem es den Feinmechaniker nicht beschäftigte, 500 Mark Zwangsgeld bezahlen sollte. Erst nachdem einige Tausend Mark Zwangsgeld fällig geworden waren, lenkte AEG ein: Uwe Zabel wurde in der Hafenservice-Station für den Bereich Schiffbau beschäftigt.

Gleichzeitig fand die Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht Hamburg statt. Dabei stellte sich heraus, daß AEG von den 27 als Beweis für die "schlampige Arbeit" Uwe Zabels angebotenen Werkstücken tatsächlich nur vier Werkstücke vorlegen konnte. Die anderen 23 sollen im Unternehmen versehentlich vernichtet worden sein. Mehrere Gutachter wurden vom Gericht mit der Prüfung beauftragt.

AEG aber kündigte Uwe Zabel vorsorglich ein zweites Mal. AEG hatte im Zusammenhang mit der Schiffbaukrise 202 Kolleginnen und Kollegen entlassen. Darunter wiederum Uwe Zabel von der Hafenservice-Station. Erneut gewann Uwe Zabel den Kündigungsschutzprozeß, weil der Arbeitsmangel nicht konkret nachgewiesen wurde und der Betriebsrat, der der Kündigung widersprochen hatte, nicht ordentlich gehört worden war. Der Großteil der ursprünglich von AEG ausgesprochenen 202 Entlassungen war zum Zeitpunkt des Verfahrens übrigens bereits wieder zurückgezogen worden.

Als Uwe Zabel von AEG erneut nicht beschäftigt wurde, wurde auch der Zwangsgeldbeschluß wieder in Kraft gesetzt. Nachdem der Gerichtsvollzieher 9500 Mark abkassiert hatte, bot AEG Uwe Zabel im Januar dieses Jahres einen Posten im Werkschutz an. Wohl auch wegen der finanzieller Probleme sah Uwe Zabel sich gezwungen, anzunehmen.

Nach dieser langjährigen Vorgeschichte fragt man sich, was ein Unternehmen eigentlich noch alles anstellen muß, damit erwiesen ist, daß es ihm nur darum geht, einen kämpferischen Gewerkschafter loszuwerden. Uns ist die Begründung des jetzigen Urteils gegen Uwe Zabel nicht bekannt. Möglicherweise sind die Gutachter bei ihrer Suche nach Arbeitsfehlern doch fündig geworden. Fehler aber darf bei AEG offenkundig nur die Konzernspitze machen.

Roter-Morgen-Sonderdruck

Dieser Artikel und die in den beiden letzten Ausgaben des Roten Morgen veröffentlichten Artikel zur Einschätzung des Verlaufs des Kampfes für die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Druckindustrie sind nun auch zusammen in einem RM-Sonderdruck erhältlich. Für 50 Pfennig pro Exemplar kann er ab sofort beim RM-Verlag bestellt werden.

Nach den Tarifabschlüssen in der Metallindustrie

Ring frei — Runde zwei

„Ring frei — Runde zwei“ — so überschrieb der „Rote Lautsprecher“, die Betriebszeitung der KPD für die Belegschaft von Siemens/Witten, einen Artikel zum Tarifabschluß. Gemeint war, daß die betriebliche Umsetzung des Tarifvertrages eine zweite — betriebliche — Kampfrunde notwendig macht. Bei HDW in Kiel hat die zweite Runde offensichtlich schon begonnen, wie aus folgendem Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe hervorgeht:

Nachdem uns die schon seit April vorenthaltene Lohnerhöhung als einmalige Ausgleichszahlung von 250Mark am 15.8. ausgezahlt werden soll, arbeiten wir Programmlöhner auf HDW seit dem 1. Juli noch weiter zum alten 83er Lohn. Der HDW-Vorstand weigert sich, die — sowieso schon mageren 3,3 Prozent — auf die 100 Prozent im Programmlohn anzurechnen. Letzten Freitag war die erste Verhandlungsrunde zwischen unserer Verhandlungskommission und dem Vorstand. **Was der Vorstand hier auf den Tisch legte, ist eine Provokation!!!**

Sie wollen in der Lohnverhandlung auch

- eine neue Pausenregelung (1/4 Stunde unbezahlte Frühstückspause und 3/4 Stunde Mittagspause also um 16.00 Uhr Feierabend)
- eine Modifizierung des Programmlohns, d.h. Umwandlung in einen Prämienlohn, (u.a. sollen die Vorgesetzten dann 3 Prozent Plus oder Minus als Nasenprämie auf jeden Kollegen verteilen können. Die Vorarbeiter sollen aus dem PL herausgenommen werden.)

durchdrücken.

Schon im letzten Jahr hatte sich der Vorstand geweigert, die in der Metallindustrie ausgehandelte Lohnerhöhung auf die 100 Prozent PL zu übernehmen, wie es die Jahre davor immer üblich gewesen war. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge und erst als in einigen Bereichen durch Warnstreiks Druck gemacht worden war, haben wir **alle** die uns zustehende Lohnerhöhung auf 100 Prozent erhalten.

Zu Recht, denn mit der Einführung des Programmlohns sind die Vorgabezeiten brutal gekürzt worden, es ist eine enorme Leistungssteigerung durchgedrückt worden. Diese Leistungssteigerung ist uns durch ein paar Groschen mehr schmackhaft gemacht worden.

Und jetzt wollen Ahlers & Co. durch Lohnraub den Lohn Jahr für Jahr auf den Stand der mittleren Werften runterdrücken.

Wenn wir uns dagegen nicht wehren, werden sie uns jedes Jahr Stück für Stück das Fell runterziehen.

- **Schluß mit dem Lohnklau — her mit der Lohnerhöhung!!!**

Unser Kampf darf sich aber nicht auf das „Verhandlungsgeschick“ unserer Verhandlungskommission beschränken. Allein durch geschickte oder harte Verhandlungen läßt sich heute nichts durchsetzen. Die gesamte Belegschaft ist aufgefordert, der Verhandlungskommission den Rücken zu stärken, damit sie nicht schwach werden und einen faulen Kompromiß eingehen.

Die Programmlohntarifkommission hat am Dienstag der Verhandlungskommission den Auftrag gegeben, in der 2. Verhandlungsrunde am Mittwoch **nach wie vor 3,3 Prozent auf 100 Prozent PL zu fordern** und

- **Keine Verhandlungen über eine neue Arbeitszeitregelung und Programmlohnmodifizierung!!!**

Richtig! Eine Verhandlung über die Arbeitszeit steht erst später an und zwar als Arbeitszeitverkürzung.

Die IG Metall hat z.B. in den „metall-Nachrichten“ Nr. 19 die Betriebsräte aufgefordert: „Laßt Euch von den Unternehmern jetzt nicht zu Schnellschüssen überrumpeln! Die IG Metall fordert alle Betriebsräte auf, vorerst keine Vereinbarungen mit den Unternehmern zu treffen. Betriebsvereinbarungen eilen ja nicht. Sie sollen erst am 1. April 1985 wirksam werden. Keiner schließt nur für sich ab! Schlechte Beispiele schaden allen. Entscheidungen sollten vorerst unbedingt offengehalten werden.“ Dies gilt ja wohl auch für unsere tonangebenden IGM-Betriebsräte!

Und eine Veränderung des Programmlohns kommt auch nicht in Frage. Das ist schon beim letzten Vorstoß des Vorstands abgelehnt worden. Das muß auch weiterhin so bleiben! Wir wollen keine weitere Aufspaltung im Lohn. Wir wollen uns nicht noch weiter aufspalten lassen!

Fordert vom Betriebsrat **sofortige Betriebsversammlung!** Laufende Information der Kollegen über den Stand der Verhandlungen!

VOR 40 JAHREN WURDE THÄLM

Antwort auf Briefe eines Mitgefangenen



Ernst Thälmann, 16.4.1886 — 18.8.1944

Mein teurer sozialistischer Schicksalsgenosse und revolutionärer Mitkämpfer!

Beim Durchlesen Deiner Zeilen habe ich den Wunsch gehabt, Deine Stimme zu hören, Dein Wesen zu fühlen, Deinen Charakter zu erspüren.

Eine sehr schwierige Aufgabe, die Talent und emsige Vorstudien auf dem Gebiet der Menschenkenntnis voraussetzt. Ich werde deshalb mit Dir — ohne Umschweife und Hintergedanken — in einer Sprache reden, wie sie unter Brüdern, Freunden und revolutionären Kämpfern selbstverständlich sein sollte. Diese Sprache ist eine politische und bildhafte Sprache; sie ist hart und rauh, aber doch von innigster Liebe und großer Wärme getragen, und sie ist wahrheitsgemäß. Denn es gibt eine historische Wahrheit, das heißt, eine notwendige Übereinstimmung der festellbaren Tatsache mit ihrer Darstellung. Es gibt ein politisches Gewissen, welches fordert, dieser Wahrheit zu dienen. Die Wahrheit läßt sich auf die Dauer nicht verfälschen, es gibt nichts Unerbittlicheres als die Tatsachen. Bedenke immer, daß unser Gewissen gut und rein ist; es ist nicht belastet gegenüber dem schaffenden Volke, zum Beispiel mit Kriegsverbrechen, imperialistischer Räuberpolitik, Tyrannei, Terror, Diktatur und Gewissenszwang, Unfreiheit und Willkür, Scheinsozialismus, faschistischen Rassentheorien, Rosenbergschen Philosophien, Arroganz, Hochmut, Prahlereien und sonstigen Dingen. Unsere Wäsche ist sauber und rein. Schon deshalb können wir diese Welt nicht bewundern und uns für sie schon gar nicht begeistern, sondern stellen uns dieser Welt mit dem kühnen und frischen Geist unserer festen und zielklaren Auffassungen und mit einer gesunden, aber erbarmungslosen und bitteren Kritik entgegen.

Gewiß, wir sind auch keine reinen Unschuldsengel, die unbelastet und unbeschwert von allem dastehen. Auch wir haben in der Vergangenheit schwere und teilweise große politische Fehler gemacht, leider manches versäumt und unterlassen, was wir in dem verschlungenen Wirrwarr des Zeitgeschehens hätten tun müssen, um dem Faschismus den Weg zur Staatsmacht zu versperren. Wir haben unsere Fehler erkannt, durch Selbstkritik offen ausgesprochen, sie korrigiert und haben neue Wege auf dem Gebiet der Politik, der Propaganda und des Massenkampfes eingeschlagen. Da wir aber bis jetzt in Deutschland keine Vertreter in die Reichsregierung entsandt hatten und schon gar nicht als alleinige Staatspartei am Ruder waren, sind unsere Belastungen dem deutschen Volke gegenüber weniger schwer und nicht so erheblich. Diese Tatsache und vieles andere, insbesondere aber unser unausgesetztes Opfer im Kampf gegen den Faschismus, sind und bleiben ein großes Plus für unsere Politik und haben uns Vertrauen gebracht. Der Größe eines politisch handelnden Menschen wird man nur dann ganz gerecht, wenn man ihn nicht allein danach beurteilt, was er erreicht, sondern auch danach, was er gewollt hat. Wer das Schicksal bezwingen, wer seiner Zeit neue Wege weisen, wer sein Volk in die bessere Zukunft führen will, wer Auftrag und Berufung in sich spürt, den Feuerbrand seiner Seele hinauszuschleudern, der stellt sich gegen eine Welt des Nichtverstehens, der Ablehnung, ja der Feindschaft. Denn nur der Kampf hat im Leben Sinn!

Die große Mehrheit des deutschen Volkes verstand uns 1933 leider noch nicht. Indem sie durch die Schule des Faschismus ging, begann sie ihre damalige Einstellung zu ändern. Im neuen Umwandlungsprozeß hinsichtlich ihrer bisherigen Gedankenwelt begriffen, blickt sie schon aufmerksam auf uns und unsere Haltung. Beachtliche Teile des deutschen Volkes sind heute vom nationalsozialistischen Regime kuriert. Der früher mit links oder mit linker Einstellung angesprochene Teil des deutschen Volkes hat Vertrauen zu uns und unserer Partei und erhofft mit dem weiteren Vordringen und Vorwärtsschreiten der sozialistischen Sowjetunion eine bessere deutsche Zukunft! So ist es heute. Was *morgen* schon in Deutschland sein wird, wer kann es wissen?

Eine kleine Welt, fürwahr, in die wir eingesperrt sind. Die ganze große Welt spinnt sich aus Vorstellungen, ohne sie unmittelbar miterleben zu können. Ich frage mich oft, wie eng ist doch das Leben hier gegen das anderer Menschen, die die goldene Freiheit genießen. Die Einsamkeit in jahrelanger Haft, die seelentötende Kerkerumgebung, die vier nackten Wände, die jahrlange Isolierung von der Freiheit machen vorübergehende Seelenverstimmungen und Verzweiflungsschreie unausbleiblich.

Wenn ich bedenke, was alles schon vorübergeglitt an meinem Kerkerdasein, muß ich die Augen schließen. Es ist schon viel, wenn man hier die Richtung nicht verliert und wenn man nur nicht tot ist, ehe man stirbt. Die Mauern der Einsamkeit üben ihre bestimmte Wirkung auf jeden Menschen, also auch auf uns aus. Gewiß ist die Klage über die Einsamkeit Ausdruck einer Sehnsucht, ihr zu entrinnen. Aber aus der Not können wir immer noch eine Tugend machen. Wie ungeheuer diese Einsamkeit uns anfallen kann, wird niemand mehr bestätigen können als der „Fachmann", der sie unmittelbar jahrelang miterlebt und mit durchgekostet hat. Vielleicht packt ihn mit wilder Gewalt die Sehnsucht nach der Frau und den Kindern, nach der Mutter, dem Vater, dem Bruder oder der Schwester, dem Freund, nach fröhlichem Scherz in einer heiteren Gesellschaft, nach gemeinsamen Feierstunden mit Gleichgesinnten, nach der goldenen Freiheit überhaupt. So mancher könnte hier verstummen und sich in Selbstbemitleidung flüchten, versinken in Rausch und Träume. Aber wenn wir uns beide ins Gesicht schauen, auf unsere innere Stimme lauschen, die Stärke unseres Geistes abmessen, dann verspüren wir die Kraft der Klarheit, die mitreißende Gewalt der Seelengröße und besonders die Zuversicht der Überzeugung, die uns immer wieder heraushebt aus dieser drückenden, öden und fast trostlosen Kerkeratmosphäre.

Welche magnetische Wirkung übt doch die Überzeugung von einer Sache als belebende Kraft auf den einzelnen Menschen hier im Kerker aus! Gerade dieses feste Fundament des Menschen gibt ihm den Rückhalt, den Geistesmut, die Kraft und die Festigkeit in allen schweren Schicksalslagen. Auch in unser beider Erinnerungen wird die Vergangenheit aktiviert, und zwar im Dienste der Zukunft, nicht in beschaulicher Versenkung, die das Gewesene behandelt, als wäre es abgetan. Indem wir in der Gegenwart tapfer dem Schicksal standhalten, behaupten wir uns dadurch, daß wir die Vergangenheit in der Erinnerung zusammenfassen und auf die Zukunft unsere Erwartung und unsere Hoffnung richten. So, zwischen Erinnerung und Erwartung, spannt sich unser Dasein in der Zeit. Je mehr ein Mensch um sein Woher und Wohin weiß, je mehr er also von Erinnerung und Erwartung erfüllt ist, um so mehr ist er Persönlichkeit. Dabei ist Erwartung auch wieder kein passives Abwarten, sondern die Bereitschaft, der Zukunft in entschlossener Haltung zu begegnen, eingedenk der von der Erinerung aufs Neue geltend gemachten politischen Ziele. Wer seine Erinnerungen pflegt, erhöht sein Lebensgefühl, stärkt seine Widerstandskraft gegen kommende Schicksalsschläge. Unermeßlich sind die Kräfte, die uns aus der Erinnerung an stolze und gehobene Momente und Tatsachen unserer Vergangenheit zuströmen.

Als Du, ein überzeugter Revolutionär, schon mit dem 17. Lebensjahr in die finsteren Kerkerhöhlen einziehen mußtest, stand vor Dir das Grauen vor Deiner langen Kerkerhaft. Heute liegt diese von Leid und Trübsal und von Schmerzen durchwirkte Zeit bald hinter Dir! Trotz dieser langen und harten Jahre bist Du nicht niedergebeugt und nicht geschlagen! Deine Treue zu der großen sozialistischen Zukunftssache hast Du in dieser Zeit bewiesen, und Du hast im Strom des Lebens schwimmen gelernt. Auf Hahnöfersand, im Glasmoor bei Harksheide verbrachtest Du im Zwange der Kerkerhaft Deine Jugendjahre. Von dort aus bist Du zur sogenannten Musteranstalt in Bautzen (mit den fast täglichen „Vitamin"-speisungen von Kohlrüben und Grütze) gekommen, wo wir uns aus der Ferne kennenlernten. Im Hamburger Gebiet lerntest Du Leute und Land, Hafen und Stadt, Armut und Reichtum, aber auch die soziale Frage kennen. Meine Geburts- und Elternstadt, in der ich meine Kindes- und Jugendjahre verlebt habe, zum Manne herangereifte und schließlich vom Führer in der engeren Heimat zum Führer in der großen Heimat berufen wurde, ist für immer eingemeißelt in Deinen Lebenserinnerungen. Diese meine liebe und teure Heimat, sie ist mehr für Dich als nur eine stolze Erinnerung, sie ist auch ein unvergeßlicher sozialistischer Anker in Deiner sozialistischen Lebensbahn! Und schließlich war Hamburg, hinsichtlich Deiner ersten Kerkerjahre, ein Paradies gegenüber dem, was später kam!

So hast Du Jahr für Jahr Deine kostbare Jugend hingegeben für Ideale und sie geopfert für die große Sache des Sozialismus! Wie schwer wurde auch das Herz, das der Bedeutsamkeit dieses Lebens inne ward! Eine so entbehrungsreiche, freudlose Jugend hast Du hinnehmen müssen, wie sie jungen Freiheitskämpfern nur selten auferlegt und aufgezwungen wurde. Aber stark und kühn warst Du im Kerkerleben, ungebrochen blieb Dein inneres Selbstbewußtsein, mutig und charakterfest Deine sozialistische Haltung und bewundernswert Deine Größe im harten Schicksal Deiner Jugend!

(...)

Wer ermißt die Leidensfähigkeit und Geduld, die wir in dieser langen Kerkerzeit aufgebracht haben? Wer ermißt das tragische Schicksal, mit dem wir nur dadurch fertig werden konnten, daß wir uns von ihm nicht aus unserer Bahn werfen ließen? An die Grenze des Ertragbaren hat uns manchmal das Kerkerschicksal getrieben, angefüllt von Enttäuschungen verschiedenster Art, aber im Gewitter der entfesselten Elemente blieben wir hart, entschlossen und unbezwingbar.

Indem wir uns zurückbesannen, stand das Gewesene als lebendige Tatsache vor uns! Einzelne bedeutende Phasen des schicksalsschweren Kerkerlebens wurden hier geschildert. Zu den geschriebenen Worten kommt das Vielfache an ungeschriebenen Erlebnissen. Du mußtest Deine beste Jugendzeit hingeben und opfern und stehst heute schon im jungen, reifenden Mannesalter, während ich die aktivste Zeit meines gereiften aktivste Zeit meines gereiften Mannesalters dem Kerkerleben opfern muß und dem Lebensalter entgegenblicke, da die Kräfte langsam zu schwinden beginnen. Die bittere Kerkerzeit hat Dir Deine kostbare Jugendfreude geraubt. Meine Jugendzeit war groß und frei, aber zugleich auch der Auftakt für das harte Schicksal meines heutigen Kerkerlebens.

Denke daran, daß die Menschen vom Leben zum Kampf gestellt werden, nicht um zu unterliegen, sondern um seiner mächtig zu werden, um seine harte, aber notwendige Sprache zu verstehen, um dann verjüngt aus den Abgründen emporzusteigen zu neuem Leben. Was wir durchlebt haben, ist unabänderlich, was uns die Zukunft bringen wird, können wir nicht genau wissen, wir können es nur vermuten oder ahnend andeuten. Und damit beginnen wir von der Gegenwart aus, uns mit der Frage unserer künftigen Lebenswege zu beschäftigen. Das Wie, das Was, das Wohin steht vor uns! Haben wir die menschliche Hoffnung, daß die Qual ein Ende nehmen wird?

(...)

So laß den Oktober an Dich herankommen! Sei tapfer und mutig! Überzeugung und Festigkeit für unsere große Sache! Und wenn Du die neuen vor Dir stehenden Leidens- und Lebenswege gesund, aufrecht und vor allem charakterfest zu überwinden vermagst, so hoffe ich mit Dir gemeinsam, daß die Zeit kommen wird, in der ein sozialistischer Völkerfrühling auch Dich erlösen und erretten wird aus der Qual dieser langen, langen Leidenszeit!

Im Mittelpunkt der großen Weltereignisse, im Feuer der gegenwärtigen politischen Atmosphäre und im flutenden Leben der schaffenden Menschheit steht mein Schicksal. Aber wie viele unserer tapferen sozialistischen Mitkämpfer, die in der goldenen Freiheit ihr Leben fristen und dort ihre revolutionären Pflichten erfüllen, stehen fortgesetzt und unmittelbar vor derselben Gefahr. Heute, morgen oder übermorgen, wenn sie bei ihren revolutionären Handlungen und Taten ertappt werden, trifft sie der unerbittliche Schlag. Denn die revolutionäre Geschichte ist grausam und hart im Opferbringen. Das trifft nicht nur für uns,

HELD THÄLMANN

Die proletarische deutsche Jugend hat Helden und darf zu ihnen aufblicken. Helden, die auf dem Richtblock des Dritten Reiches sterben oder in den grauenvollen Kerkern des Dritten Reiches weiterleben – alles um ihrer Gesinnung willen und alles vermöge der Festigkeit ihres Charakters.

Der gefangene Ernst Thälmann ist sehr stark – viel stärker als seine Peiniger, die ihn verschwinden lassen möchten und es nicht wagen. Thälmann ist ein wirklicher Arbeiter mit Fäusten und einem gesunden Verstand. Der Feind, der ihn gefangenhält, stellt von allem das Gegenteil dar.

Held Thälmann hält durch, obwohl sie ihm, wie manchem anderen proletarischen Kämpfer, natürlich angeboten haben, er brauchte nur zu verraten – Verrat an seiner Sache und Klasse –, dann würden sie ihn in ihre Bande aufnehmen, und er hätte den Reichtum und die Macht. Nein! Er pfeift auf ihre lausige Macht und ihren geklauten Reichtum. Er begreift mit seinem gesunden Verstand: das Gefängnis macht ihn stärker von Tag zu Tag. Das Gefängnis überzeugt viele, die es nie geglaubt hätten, von der Gerechtigkeit seiner Sache.

Seinen Namen kennt die ganze Welt. Alle, die in der ganzen Welt zum Volk gehören, wünschen sich, Held Thälmann möchte vom siegreichen Volk aus seiner Zelle geholt werden, über den Gefängnishof, durch das Gefängnistor, hinaus in die Freiheit. Proletarische Jugend! Eure Helden und ihr selbst sollt einstmals frei sein.

Heinrich Mann

Diesen Beitrag schrieb Heinrich Mann für den Sammelband „Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit Ernst Thälmann" Moskau 1936

ANN ERMORDET

sondern zu einem Teil auch für die anderen zu. Aber wofür? Wozu? Für was? Das ist heute die Frage, für die sich Millionen von Menschen, die im harten und unerbittlichen Kampf stehen, interessieren! Eine bedeutende geschichtliche Fragestellung, die gegenwärtig — so oder so — fast die gesamte schaffende Menschheit berührt. Im Blickfeld dieser historischen Fragestellung steht auch meine Frage. Ich bin kein weltflüchtiger Mensch, ich bin ein Deutscher mit großen nationalen, aber auch internationalen Erfahrungen. Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehre, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation. Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiter und bin deshalb als ihr revolutionäres Kind später ihr revolutionärer Führer geworden. Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit zum Bestehen der deutschen Zukunft für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen!

Als Seemann bin ich in Amerika und England gewesen, habe fast alle bedeutenden Hauptstädte Europas und andere Gegenden der Welt zu Gesicht bekommen und dadurch meine Lebenskenntnisse erweitert und Welterfahrungen gesammelt. Auf den vielen Konferenzen und sonstigen internationalen Tagungen der Kommunistischen Internationale, an denen ich teilnahm, kam ich in engste Berührung mit Persönlichkeiten fast aller Völker des gesamten Erdballs. Dort fand ich die Gelegenheit, die Sitten und Gebräuche, die Sprache, Art und Wesen, das politische, soziale und revolutionäre Leben der verschiedensten Völker der Welt zu studiren und eingehend kennenzulernen. Das Leben und die Lebensverhältnise des deutschen Arbeiters, des Angestellten und Beamten, der kleinen Geschäftsleute und Handwerker, der schaffenden Bauern sowie der Intelligenz sind mir aus eigenem Leben durch große Erfahrungen bekannt. 22 Jahre war ich in ungelernten Berufen aller Art tätig.

Durch meine Eltern, die ununterbrochen über 40 Jahre lang selbstständige kleine und größere Geschäfte in Hamburg innehatten und die vom Lande aus in der Stadt gekommen waren, habe ich schon frühzeitig als Kind und in meiner ersten Jugendzeit das Leben der kleinen Geschäftsleute und der schaffenden Bauern kennengelernt. Die Beweggründe, warum mich meine Eltern leider nichts lernen ließen, hier näher und ausführlicher zu schildern, würde zu weit führen. Der Hauptgrund war bei meinen Eltern der, daß ich unter allen Umständen im Geschäft mit aufwachsen und bleiben sollte, um es später selbst übernehmen zu können. Wenn alles anders kam, als sie es beabsichtigten, so hatte das sein Gutes. Denn dadurch wurde ich der, der ich bin. Das Martyrium, das ich auf mich nahm und das sich für große sozialistische Ideale im zwanzigsten Jahrhundert vollzieht, steht nicht vereinzelt und isoliert, abgeschlossen vom deutschen Volke da, es wird geteilt von vielen, vielen namenlosen Kerkergenossen (zu denen auch Du, teurer Schicksalsgenosse, gehörst) und findet Widerhall im Leben einer gewaltigen Millionenbewegung, die in der sozialistischen Sowjetunion das ganze Volk erfaßt und begeistert und in vielen Teilen der Welt ihre ideologische und organisatorische Ausbreitung gefunden hat. Im Hinblick auf diese Tatsache und im engsten Zusammenhang mit der politischen und militärischen Entwicklung des gegenwärtigen Kriegsgeschehens, die nicht hier, sondern in einem besonderen Kapitel später behandelt werden soll, kann nur mein künftiges Leben erörtert werden.

Niemand kann voraussagen, was morgen oder übermorgen mit mir geschieht oder geschehen kann! Wir können nicht wissen, ob mir nicht erneut — wie schon so oft — neue Schwernisse und Leiden aufgebürdet werden sollen. Wird man mich so ohne weiteres aus der Kerkerverbannung wieder in die große Welt zurückkehren lassen? Nein! Freiwillig ganz bestimmt nicht. Es besteht sogar die Wahrscheinlichkeit, so grausam und hart es ist, das hier auszusprechen, daß bei einem für Deutschland gefahrvollen Vordringen der Sowjetarmeen und im Zusammenhang mit der damit verbundenen Verschlechterung der deutschen Gesamtkriegslage das nationalsozialistische Regime alles tun wird, um die Persönlichkeit Thälmann schachmatt zu setzen. Das Hitler-Regime wird in einer solchen Situation nicht davor zurückschrecken, Thälmann vorzeitig beiseite zu schaffen oder aber für immer zu erledigen. Nur eine geschichtlich notwendige Selbsthilfe kann hier eine andere Lösung und Entscheidung bringen, die sich dann zugunsten der revolutionären Bewegung vollzieht.

Zwei Kämpfer, zwei Schicksale, zwei Kerkerleben und zwei Leidenswege und doch Gleichklang der Gedanken und Ziele — zwei Gleichgesinnte in Treue zur sozialistischen Idee. Daß Menschen durch gemeinsame Kerkererlebnisse miteinander verbunden werden, ist eine Tatsache. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist da und ist durch die Einheit, die in beiderseitigen Auffassungen — wenn auch nur brieflich — zum Ausdruck kam, nur noch vertieft und gestärkt worden. Auf welche Straße des Lebens Du auch in der Zukunft gehen wirst, Vorbedingung für Deine Haltung ist Dein Charakter. Wir haben uns ins Gesicht, ins Herz, ja in den Charakter geschaut, ohne uns persönlich zu kennen. Goethe sagt im „Torquato Tasso": „Es bildet ein Talent sich in der Stille, sich ein Charakter in dem Strom der Welt". Und in „Wilhelm Meisters Lehrjahren" heißt es: „Die Geschichte eines Menschen ist sein Charakter." So ist auch unser allgemeiner Sprachgebrauch: Ein Mensch von Charakter — das bedeutet: Er hat etwas erlebt und ist von den Erlebnissen geprägt worden, er hat in sich etwas Festes, auf das wir uns verlassen können. Das Wort „Persönlichkeit" ist Weiterbildung von „Person". Damit will man etwas Wesentliches am Menschen ausdrücken, was mehr ist als bloße äußere Form. Persönlichkeit aber heißt auch heute noch ein Mensch, aus dem etwas Großes, Bedeutendes spricht. Einmal wird es gebraucht, um etwas zu umreißen, „Persönlichkeit" heißt dann soviel wie: sein Charakter und seelisches Erscheinungsbild. Man wird also das Wort „Persönlichkeit" allgemein dann verwenden müssen, wenn man einen Menschen bezeichnen will, der über die Allgemeinheit hinausragt und seine Kräfte im Dienste des Volkes einsetzt. Diese geschlossene Einheit des Charakters ist die Vorbedingung für eine fortschrittliche Persönlichkeit, denn Wert und Rang einer Persönlichkeit hängen von ihrem Charakter ab. Was ist das hohe Charakterliche an einer Persönlichkeit? Daß sie in jedem Augenblick um die Idee willen ihr gnzes Dasein einsetzt, um ein höheres zu gewinnen, daß sie wirklich „jede Sache um ihrer selbst willen tut". Die Geschichte unseres Lebens ist hart, deshalb fordert sie ganze Menschen. Du, ich und alle Mitkämpfer für unsere große Sache müssen alle stark, fest, kämpferisch und zukunftssicher sein. Denn Soldat der Revolution sein heißt: Unverbrüchliche Treue zur Sache halten, eine Treue, die sich im Leben und Sterben bewährt, heißt unbedingte Verläßlichkeit, Zuversicht, Kampfesmut und Tatkraft in allen Situationen zeigen. Die Flamme, die uns umgibt, die unsere Herzen durchglüht, die unseren Geist erhellt, wird uns wie ein Leuchtfeuer auf den Kampfgefilden unseres Lebens begleiten. Treu und fest, stark im Charakter und siegesbewußt im Handeln, so und nur so werden wir unser Schicksal meistern und unsere revolutionären Pflichten für die große, historische Mission, die uns auferlegt ist, erfüllen und dem wirklichen Sozialismus zum endgültigen Sieg verhelfen können. „Ja! Diesem Sinne bin ich ganz ergeben, das ist der Weisheit letzter Schluß: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß."

Mit revolutionären Grüßen

Dein treuer sozialistischer Mitkämpfer und unbeugsamer Schicksalsgenosse

Ernst Thälmann

Thälmann-Mord bis heute ungesühnt

Der jahrzehntelange Justizskandal

Dem Vorsitzenden der KPD wurde nach seiner Verhaftung durch die Nazis am 3. März 1933 nie der Prozeß gemacht. Das Ansehen des Arbeiterführers im In- und Ausland war so groß, daß die Nazis sich fürchteten — sie ahnten, ein Prozeß würde zu einer Anklage gegen ihr Unrechtssystem werden. In aller Welt setzten sich fortschrittliche Menschen für Ernst Thälmann ein, tausende Juristen aus vielen Ländern wollten dem immer wieder angekündigten und doch immer wieder verschobenen Prozeß beiwohnen.

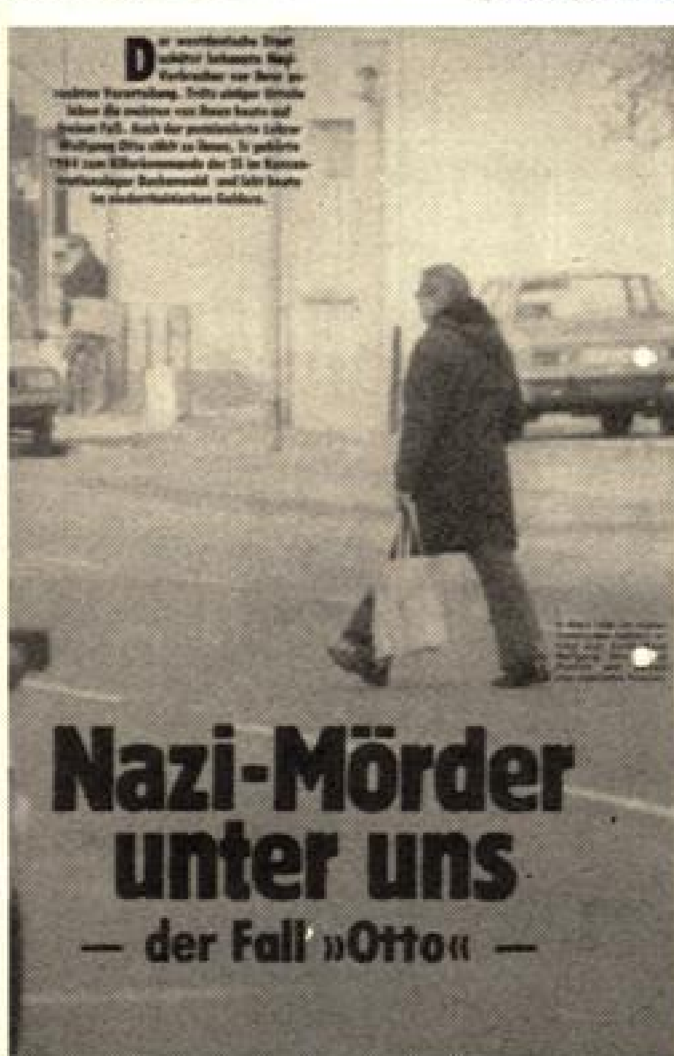
Mit dem Niedergang des „Dritten Reiches" wurde der Befehl zur Ermordung Thälmanns gegeben. Ein Notizzettel des „Reichsführers SS", Heinrich Himmler, den er für einen Besuch bei Hitler am 14. August 1944 angefertigt hatte, lautete unter Punkt 12: Thälmann ist zu exekutieren". Punkt zwölf aus diesem Zettel, der erhalten blieb, ist abgehakt.

In den letzten Augusttagen des Jahres 1944 erschien in der Nazipresse folgende Meldung: „Bei einem Terrorangriff (der britischen Luftwaffe, RM) auf die Umgebung von Weimar am 28.8.1944 wurde auch das Konzentrationslager Buchenwald von zahlreichen Sprengbomben getroffen. Unter den dabei ums Leben gekommenen Häftlingen befinden sich unter anderem auch die ehemaligen Reichstagsabgeordneten Breitscheid und Thälmann". Die Wahrheit sieht anders aus: Der polnische Häftling Marian Zgoda, der als Leichenträger im KZ eingesetzt war, sprach sie 1947 in einem Prozeß vor dem Militärtribunal in Dachau aus: „Am 17. August 1944 kam nachmittags ein Anruf aus der Telefonzentrale an das Krematorium, daß die Öfen vorzubereiten seien. Das Gespräch wurde vom SS-Oberscharführer Warnstedt, dem Wachhabenden des Krematoriums, abgenommen. (...) Gegen 20 Uhr wurden die Häftlinge, (die im Krematorium arbeiteten) in ihre Unterkunft eingeschlossen. (...) Ich verließ durch den Luftschacht dennoch meine Unterkunft im Bereich des Krematoriums und gelangte in den Hof. Hinter einem Schlackehaufen verbarg ich mich. (...) Etwa um 0.10 Uhr des 18. August kamen die beiden Kommandoführer Warnstedt und Stoppe auf den Hof und öffneten das Tor des mit einer Mauer umgebenen Krematoriumgeländes, um einen schweren Personenwagen einzulassen. Dem Wagen entstiegen drei Zivilisten, von denen offensichtlich zwei den Dritten, der in der Mitte ging, bewachten. Der Gefangene war breitschultrig und hatte eine Glatze, wie man, da er keinen Hut trug, sah. Inzwischen waren auch die übrigen SS-Leute auf den Hof gekommen und flankierten die Eingangstür zum Krematorium. Die Zivilisten ließen den Gefangenen vorangehen. In dem Augenblick, als dieser das Krematorium betrat, fielen drei Schüsse. Anschließend begaben sich alle SS-Leute und die beiden Zivilisten in den Krematoriumsraum und schlossen die Tür ab. Wenige Minuten später fiel ein weiterer Schuß im Inneren des Krematoriums. 20 bis 25 Minuten später verließen alle Beteiligten das Krematorium. Dabei sagte der Rapportführer Hofschulte zu dem Stabsscharführer Otto: „Weißt du, wer das war?" Otto antwortete: „Das war der Kommunistenführer Thälmann."

Ernst Thälmann in seiner Gefängniszelle 1943. Von seiner Tochter bei einem Besuch heimlich aufgenommen.

Otto lebt — bis heute völlig unbehelligt — in Geldern am Niederrhein, erhält eine staatliche Pension als Lehrer. Otto hatte unter anderem als Spieß im KZ Buchenwald die Aufgabe, bei Hinrichtungen Protokoll zu führen. Die Aussage Zgodas beweist auch, daß er bei dem Haufen von SS-Leuten war, die die tödlichen Schüsse auf Thälmann abgaben.

Schon sechsmal ist versucht worden, Otto vor Gericht zu bringen. Immer erfolglos. Erst kürzlich hat das Oberlandesgericht Kleve entschieden, daß Otto nicht mehr für seine Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden soll. Die Tochter Thälmanns, Irma Gabel-Thälmann, hat aber jetzt über den Rechtsanwalt Heinrich Hannover einen Klageerzwingungsantrag gestellt. Die Beweise sind ausreichend, um einen der letzten lebenden Mordverdächtigen vor Gericht zu stellen und ihn zu verurteilen. Dies Verfahren, der Kampf für die Verurteilung der Thälmann-Mörder und der Leute die schützend Hand über sie gehalten haben, ist nicht nur Sache der Tochter des Arbeiterführers, es ist ein Kampf, den wir alle unterstützen müssen.



Nazi-Mörder unter uns

— der Fall »Otto« —

Im April 1980 suchten Reporter des Jugendmagazins „Roter Rebell", der Zeitung des Jugendverbandes der KPD Wolfgang Otto in Geldern auf. Nachdem Otto von einem Einkaufsbummel zurückgekommen ist, gehen sie zu seinem Haus. Wir zitieren aus dem Bericht: ***„Kurz danach schellen wir an der Haustür. Nach einigen Minuten öffnet uns eine Frau. ‚Ich möchte gern zu Herrn Wolfgang Otto.' ‚Ja, wieso, in welcher Angelegenheit denn?' Als die Frau erfährt, daß wir wegen der SS-Vergangenheit ihres Mannes da sind, will sie uns abwimmeln. ‚Der ist gar nicht zu Hause', meint sie und schließt die Tür vorsorglich ein Stück. Wir bleiben hartnäckig, erwidern, daß wir ihn doch eben gesehen haben. ‚Wenn Sie was wissen wollen, fragen Sie doch bei der Staatsanwaltschaft Köln. Die haben das Verfahren letztes Jahr zum sechsten Mal eingestellt, das dürfte doch wohl reichen, oder?'"***

Soweit ein Auszug aus der spannenden Reportage. Der Bericht ist vollständig als Kopie beim RM-Verlag, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526 zu bekommen. (Frankierten Rückumschlag beilegen).

Nach dem III. Kongreß der KS:

Zur Politik der Kommunistischen Studenten

Am 30.6. und 1.7.1984 fand in Hessen der III. Kongreß der Kommunistischen Studenten (KS), des Studentenverbandes unserer Partei, statt. Zu den Aufgaben des Kongresses, der in Form einer allgemeinen Mitgliederversammlung abgehalten wurde, gehörte a) die Diskussion der bisherigen Politik und Arbeitsweise des Verbandes anhand des Tätigkeitsberichts des KS-Vorstandes und die Festlegung von Schwerpunkten für die kommende Zeit, b) die Diskussion und Weiterentwicklung der Programmatik der KS in Form von vier Arbeitsgruppen, c) die Wahl eines neuen Vorstands. Zur Information der Leser(innen) des RM, die großenteils ja nicht mit der Arbeit der Kommunistischen Studenten näher vertraut sind, möchten wir an dieser Stelle einige wichtige Aspekte dieser Arbeit darstellen, die auch auf dem gerade stattgefundenen III. Kongreß diskutiert wurden.

Die Aufgaben eines kommunistischen Studentenverbandes

Die Kommunistischen Studenten (KS) wurden als eigenständiger Studentenverband der Partei erst im Mai 1981 gegründet. Vorher waren die studentischen Genoss(inn)en im Jugendverband (der heutigen KJD) organisiert. Sie betrieben jedoch entweder keine Studentenpolitik oder, wenn sie diese betrieben, taten sie das relativ uneinheitlich, voneinander isoliert und z.T. konzeptionslos. **Die Gründung der KS verhalf endlich der Einsicht zum Durchbruch, daß zur kommunistischen Einflußnahme auf die Studentenbewegung auch die selbständige Arbeit eines Studentenverbandes, eine hochschulbezogene Programmatik notwendig ist.** Die Genoss(inn)en der KS sind nicht eine bloße „Nebenorganisation", also ausschließlich „Gehilfen" der Partei, mit „viel Freizeit" und nützlich zum Flugblattverteilen, sondern haben als Hauptaufgabe, an den Hochschulen ernsthaft eine eigene kommunistische Politik zu entwickeln. Mit der Verabschiedung von Statut und Grundsätzen sowie der Wahl eines Vorstands wurden auf dem Gründungskongreß 1981 allerdings erst die allgemeinsten Grundlagen — inhaltlich wie organisatorisch — geschaffen, um in die Studentenpolitik einzusteigen. Auf dem jetzt durchgeführten III. Kongreß wurde deutlich, daß die KS mittlerweile über eine ganze Reihe praktischer Erfahrungen verfügen, die eine Weiterentwicklung sowohl der Programmatik als auch der organisatorischen Arbeitsweise erforderlich machen. Zur Diskussion und Verabschiedung eines ersten vorliegenden neuen Entwurfs von Grundsätzen und Statut kam es jedoch noch nicht. Dafür stand die Diskussion der praktischen Arbeit und der KS-Programmatik im Vordergrund des Kongresses.

Wichtige Fragen der Studentenpolitik

In ihrer täglichen Politik an den Hochschulen sind die Genoss(inn)en der Kommunistischen Studenten ständig mit sehr grundlegenden Fragen konfrontiert, von deren Beantwortung sehr viel abhängt: Inwieweit haben die Studenten überhaupt gemeinsame Interesse, wo sie sich sozial doch aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten zusammensetzen? Ist eine gewerkschaftliche Interessenvertretung von Studenten möglich und politisch sinnvoll? Wie wirken sich die reaktionären Maßnahmen der Regierung — insbesondere seit der Bonner „Wende" — auf die Lage und das Bewußtsein der Studenten aus? Mit welchen Kräften können die KS an der Uni zusammenarbeiten? Wie kann eine gemeinsame Front von Studenten, Schülern, Lehrern, Gewerkschaften, Frauen, Arbeitslosen aufgebaut werden? Wie sieht der Sozialismus aus, den wir unter den Student(inn)en propagieren? usw. All diese Fragen suchten die KS-Genoss(inn)en in vier verschiedenen Arbeitsgruppen auszudiskutieren: Es gab eine AG zum Thema „Sozialismus", eine zum Thema „Technik und neue Technologien", eine AG zur geplanten reaktionären Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und eine zur Arbeit der KS in den Organen der Verfaßten Studentenschaft und zur Frage der „gewerkschaftlichen Orientierung" studentischer Politik.



Während des KS-Kongresses

Hierzu muß man wissen, daß **auch die Studenten in wachsendem Maße von den reaktionären und unsozialen Maßnahmen der Bonner Koalition betroffen sind und auf den verschiedensten Ebenen Kämpfe und Widerstand dagegen stattfinden. Die Studentenbewegung besteht zu einem Großteil sogar aus solchen Abwehrkämpfen, in denen sie auch viel über die Mechanismen der kapitalistischen Gesellschaft und den Charakter des bürgerlichen Staates lernen kann.**

Um das an einigen Beispielen zu verdeutlichen: Die Umstellung des **BAföG auf Volldarlehen** durch die Bundesregierung läßt den Schuldenberg des einzelnen Studenten am Ende des Studiums auf bis zu 40000 DM anwachsen, die — falls man nach dem Examen einen Job findet — in Monatsraten à 120 DM abgetragen werden müssen. Mit einem nunmehr geplanten **Darlehensteilerlaß** (DTE) sollen die Bafög-Empfänger einen Teil des Darlehens erlassen bekommen, wenn sie besonders gute Abschlüsse bringen, d.h. während des Studiums besonders viel Ellenbogenhaltung, Karrierismus und Elitedenken an den Tag legen. Auch dies ist ein Mittel, **um die für die Verwertungsinteressen des Kapitals nötigen Eliten und Fachidioten heranzuzüchten.** (Die Kommunistischen Studenten waren es, die mit als erste schon vor über einem Jahr in einer faktenreichen Broschüre auf die Elitepläne der Bundesregierung aufmerksam machten und die wirtschaftlichen Hintergründe aufzeigten.) Der studentische Kampf für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt und gegen die Darlehensregelung und den nunmehr geplanten Darlehensteilerlaß ist somit ebenso ein Kampf im Interesse der Arbeiterklasse wie der gegen die Elitepläne der Bourgeoisie.

Eine weitere wichtige Frage der Studentenpolitik ist es, inwieweit die Linken an der Hochschule — und das erfordert auch den Einsatz der KS — dazu beitragen können, daß die Studentenbewegung im Kampf gegen die für Herbst/Winter **geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG)** die ökonomischen Hintergründe und politischen Absichten des Kapitals erkennt und dagegen Widerstand entwickelt (verhindert werden kann die Gesetzesnovelle wohl kaum). Denn das HRG soll die Kompetenzen der erweitern und Mitspracherechte von Hochschulassistenten, Mitarbeitern und Studenten weiter einschneidend beschränken, die Professoren selber aber über die sogenannte Drittmittelforschung verstärkt an Aufträge und Gelder von Seiten der Wirtschaft fesseln — die Öffentlichkeit soll aus der Forschung gänzlich ausgeschlossen werden. **Das gesamte Hochschulwesen soll völlig „marktwirtschaftlich" ausgerichtet werden,** und die einzelnen Unis und an diesen wiederum die einzelnen Fachbereiche sollen in den „Wettbewerb miteinander" treten. Allerdings muß hervorgehoben werden — darauf bestanden auch die Genoss(inn)en auf dem III. Kongreß bei der Diskussion eines Papiers zum HRG —, daß bereits die sozialliberale Koalition mit ihrem, dem derzeit gültigen, HRG die Weichen für eine solche verstärkte Ausrichtung des Unibetriebes an kapitalistische Verwertungsinteressen gestellt hat!

Ein weiteres wichtiges Feld der Studentenbewegung ist das Engagement in der Friedensbewegung, bei der internationalen Solidarität und in anderen politischen Bewegungen. Hier ist die Lage so, daß an zahlreichen Hochschulen und in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften, die revisionistischen Verbände MSB Spartakus und SHB großen Einfluß haben; aber seit einigen Jahren entwickeln sich nicht nur die Grün-Alternativen als Gegengewicht, sondern auch linke Bündnislisten und Komitees, in denen z.B. die Losung „Raus aus der NATO" Sympathie findet und die Zahlung von Spenden für „Waffen für El Salvador" eine Selbstverständlichkeit ist.

Zügig
Zurück zur Elite-Uni
Immer mehr „ewige Studenten"
Studieren mit 40000 DM Schulden??
Wissenschaftsbund fordert Studiengebühren
Die Ewigen Studenten
Für eine neue Elite
Leistung und Effizienz
Begabtenförderung wird erprobt
Mehr Praxisnähe für die Ingenieurausbildung
Institut für Gentechnologie
Pharma-Riese kooperiert mit Universitäten
Sparwelle
Kooperation soll Lücken schließen
Kommunistische Studenten
DM 3,-

Diese Broschüre gibt auf 44 Seiten die Stellungnahme der Kommunistischen Studenten zur Gegenreform an den Universitäten wieder; ausführlich und gut dokumentiert wird sowohl ein Abriß der bisherigen Universitätspolitik gegeben als auch die heutigen Pläne und Forderungen dargestellt; zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30, Preis 3,— DM.

Die Aktivitäten der kommunistischen Studenten

Die Beteiligung an diesen und anderen Kämpfen der Studenten und die Mitarbeit in den gewählten Organen der Verfaßten Studentenschaft sehen die Kommunistischen Studenten als Grundvoraussetzung für eine revolutionär-sozialistische Einflußnahme auf die Studentenbewegung an. **Es reicht nicht aus, die Studentenbewegung bloß „revolutionär" zu kommentieren.** Beispielsweise haben die Wahlen zu den Studentenparlamenten (StuPa) der Hochschulen und die Mitarbeit in den Allgemeinen Studentenausschüssen (AstA) etwa die gleiche Bedeutung für die Uni wie die Betriebsratswahlen und die Arbeit von Betriebsräten für die Betriebe. Die Genoss(inn)en der KS kandidieren dabei nicht allein, sondern beteiligen sich am Zustandekommen linker Basisgruppen-Listen. An vier Hochschulorten, d.h. an allen Unis, wo sie kandidiert haben, sind Genossen der KS auf gemeinsamen linken Listen in die StuPas gewählt worden, an drei dieser Unis stellen sie AStA-Referenten (vielleicht am ehesten mit freigestellten Betriebsräten zu vergleichen, wenn solche Vergleiche überhaupt angebracht sind). **Dies sind Erfolge, die ohne die Ausarbeitung eines Konzepts zur Arbeit in der Verfaßten Studentenschaft, die ohne die kontinuierliche Arbeit der KS so sicherlich nicht zustandegekommen wären.** Neben der Arbeit in den Organen der Verfaßten Studentenschaft beteiligen sich die KS aber auch an „nichtoffiziellen" fortschrittlichen Zusammenschlüssen oder initiieren diese, so einer deutsch-ausländischen Freundschafts-Initiative, einem antiimperialistischen Arbeitskreis, einer Friedensinitiative u.a.m.

Aber natürlich haben Kommunisten in jeder Bewegung auch ihre weitergehenden Ziele zu propagieren und ein revolutionäres, sozialistisches Profil zu entwickeln. So wie es im Betrieb das Problem des „Nur Gewerkschaftertums" gibt, droht auch in der Uni die Arbeit in den studentischen Organen und Initiativen einen aufzusaugen.

In diesem Zusammenhang wurde im Vorfeld des III. Kongresses und auf der Versammlung selbst der **Mangel an einer entwickelten politischen Programmatik der KS und die unzureichende Sozialismusvorstellung beklagt.** In der Frage des Sozialismus zeigte sich in der betreffenden Arbeitsgruppe des Kongresses, daß der Studentenverband im wesentlichen dieselben grundlegenden Fragen beantworten muß wie die Partei. Allerdings spielen in der Studentenschaft, und hierbei im besonderen in der Diskussion mit anderen linkssozialistischen und revolutionären Kräften, natürlich bestimmte Fragen eine andere Rolle als bei den Genoss(inn)en im Betrieb. Die Sozialismusdiskussion wird im kommenden Semester parallel zu der in der Partei fortgesetzt werden.

In bezug auf die Mitarbeit der Kommunistischen Studenten in der 1982 von ihnen gemeinsam mit BWK, Freier Arbeiter Union Studenten (FAUST) und unorganisierten revolutionären Studenten gegründeten **„Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik"** stellte der Kongreß fest, daß die Zusammenarbeit auf zentraler Ebene nicht im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden kann. Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft waren im Verlauf des letzten Jahres auch nicht nur in inhaltlichen Fragen (Rolle des BRD-Chauvinismus, Einschätzung der UdSSR u.a.), sondern auch bezüglich der politischen Herangehens- und Arbeitsweise in der Studentenbewegung unterschiedliche Auffassungen deutlicher zutage getreten. Die Kommunistischen Studenten legen auf die Zusammenarbeit revolutionärer Linker vor Ort über das organisatorische Spektrum der AG hinaus und auf die praktische Teilnahme an den Aktivitäten der Studentenbewegung das Schwergewicht. Denn sie meinen, daß **nur aus der aktuell existierenden und sich bewegenden Studentenschaft heraus eine antikapitalistisch-sozialistische Orientierung realisiert werden kann.**

Dieser politische Kurs der KS wurde durch den III. Kongreß bekräftigt und wird auch in Zukunft für ihre Politik bestimmend sein.

Korrespondenz aus Köln

Polizei-Terror gegen türkische Staatsbürger in Köln

Der Fall Kiliç — Ein Vorgriff auf Zimmermanns Pläne zur Behandlung von Ausländern:

Lange Zeit gehörte Köln zu jenen Städten der Bundesrepublik, die als recht ausländerfreundlich galten. Selbst die Polizei in Köln stand nicht unbedingt in dem Ruf, besonders ausländerfeindlich zu sein. Und manch ein Kölner erinnert sich geradezu wehmütig an das vergangene Jahr, wo in der GdP gewerkschaftlich organisierte Polizisten auf der Dom-Platte Kundgebungen und Informationsstände unter dem Motto abhielten „Ein Herz für Ausländer".

Dieses Image ist nun zerstört. Deutsche und Ausländer haben eine Kölner Polizei kennengelernt, die gnadenlos auf jeden Jagd machte, der auch nur im entferntesten wie ein Türke aussah.

Der Fall Kiliç

Köln, Mitte Juni, abends in Ehrenfeld. In einer Ehrenfelder Kneipe und später dann auch auf der Straße kommt es zwischen mehreren türkischen Staatsbürgern wegen eines Mädchens anfangs zu einem Wortgefecht, dann zu tätlichen Auseinandersetzungen. Ein deutscher Bürger, der diese Auseinandersetzung aus seinem Wohnungsfenster verfolgt, ruft einem der Bedrängten zu, er solle wegrennen und die Polizei rufen. Er selbst rennt runter, um zu schlichten, um den Mädchen, das ebenfalls bedroht wird, zu helfen. Einer der Schläger zieht ein Messern und sticht auf ihn ein. Für den, der helfen wollte, kommt jede Hilfe zu spät. Er erliegt den schweren Verletzungen. Die vermutlichen Täter können entkommen, einer der Beschuldigten wird allerdings noch in der gleichen Abendin der Nähe des Tatorts festgenommen. Bei seiner Aussage beschuldigt er seinen türkischen Landsmann Ismail Kiliç, das Messer gezogen zu haben. Ismail Kiliç selbst gelingt es zu fliehen. Bis zum heutigen Tag konnte er nicht festgenommen werden.

Bis hierher scheint es sich um ein Verbrechen zu handeln, wie es sich jeden Tag wohl mehrfach in der Bundesrepublik abspielt. Niemand wird, falls die Tat sich so abgespielt hat, irgendeinen Zweifel daran haben, daß es sich um ein Verbrechen handelt, bei dem die Polizei ermitteln und versuchen muß, den Schuldigen dingfest zu machen. Hinzu kommt, daß viele Menschen, Deutsche und Ausländer, um den Getöteten trauern. Er war jung, war erst vor kurzem Vater geworden. Ein Mann, der gerade sehr viele Türken in Ehrenfeld kannte, weil er sich gegen Ausländerfeindlichkeit wehrte, weil er Kontakt hatte zu Türken. Spontan finden sich türkische Kollegen zusammen, die eine Spendensammlung für die hinterbliebene Witwe durchführen, die öffentlich ihre Trauer bekunden und sagen: „Wir schämen uns, daß dieser Mensch gerade durch die Hand eines Türken umkommen mußte."

Ein „normales" Verbrechen, mit „normaler" Reaktion. Doch aus dem Ermittlungsverfahren in Sachen Kiliç wird die wohl größte Türken-Jagd der Kölner Polizei.

Die Kölner Polizei ermittelt

Köln ist bekanntlich eine Millionen-Stadt, in der fast jeden Tag Gewaltverbrechen geschehen. Jeden Tag ist von Ermittlungen, von Fahndungen, von Festnahmen und von Aburteilungen die Rede. Der „Kölner Stadtanzeiger" hat gar täglich eine Rubrik, in der er umfangreich über solche Verbrechen und den Fortgang der polizeilichen Ermittlungen berichtet, bis hin zu den Gerichtsverfahren und -urteilen. Doch schon die ersten Berichterstattungen in den Zeitungen „Express" und „Kölner Stadtanzeiger" aus dem Hause Neven Dumont weisen darauf hin, daß die Ermittlungen im Fall Kiliç etwas Besonderes sein werden. Tagelang berichtet der „Express" in bester Springer-Manier von dem Messerstecher-Mord in Ehrenfeld.

Bei der Kölner Polizei wird eine Sonderkommission von sage und schreibe 60 Beamten eingerichtet, 30 Beamte der Kripo und dazu 30 Beamte der Schutzpolizei. Ein wahrlich ungewöhnliches Aufgebot. Nur zweimal gab es in den letzten Jahren ein ähnliches Großaufgebot: im Fall Schleyer und bei der Entführung des Kindes Nina von Gallwitz.

Einige besonnene Stimmen in der Presse warnen öffentlich davor, den Fall Kiliç aufzuputschen, warnen davor, einer Stimmung gegen rund 60000 Türken in Köln den Weg zu bereiten. Wie sehr berechtigt diese Warnungen sind, wird sich in ein paar Tagen bewahrheiten.

Offener Polizei-Terror gegen Türken

Parallel zu einer groß angelegten Berichterstattung in der deutschen und türkischen Tagespresse geben bei der Kölner Polizei jeden Tag neue Hinweise ein, wo sich der gesuchte Kiliç aufhalten könnte. Sprecher der Polizei in Köln loben in aller Öffentlichkeit die Hilfsbereitschaft der türkischen Mitbürger. Kurze Zeit nach der Aufnahme der Ermittlungen beginnen die ersten Razzien und Personenfeststellungen durch die Polizei. Fast alle Lokale, in denen der Gesuchte je verkehrt haben soll, werden in den darauf folgenden Tagen mehrfach von der Polizei aufgesucht. Schon einige Tage nach dem Vorfall werden mehrere türkische Staatsbürger unter dem Verdacht der Mittäterschaft, der Mithilfe zur Flucht usw. festgenommen. Kaum ein türkischer Landsmann, der aus der Provinz Corum, wo Kiliç herkommt, stammt, der in den nächsten Tagen von der Polizei nicht aufgesucht wird. Dutzende werden stundenlang festgehalten, viele mehrfach in Polizeigewahrsam genommen. Und immer wieder der Vorwurf: „Ihr wißt, wo sich Kiliç versteckt hält."

Doch es sind nicht nur engere Freunde oder Landsleute von Kiliç, die diese Razzien über sich ergehen lassen müssen. Auch Menschen, die Kiliç gar nicht kennen, von denen irgendein Denunziant behauptet, er hätte den Betroffenen mal mit Kiliç gesehen, werden von der Polizei aufgesucht und tagelang regelrecht terrorisiert.

Ein Familienvater berichtet: *„Bei mir war die Polizei mehrfach. Was mit mit dem Kiliç verbindet, ist die Tatsache, daß ich aus der gleichen Provinz komme und ihn halt daher kenne. Einmal sind die Polizisten mitten in der Nacht gekommen. Sie waren bewaffnet, haben einfach die Tür eingetreten und uns ihre Waffen vor die Nase gehalten. Wir haben gar nicht gewagt, nach einem Durchsuchungsbefehl zu fragen. Sie wühlten in der ganzen Wohnung herum. Was sie suchten, wissen wir immer noch nicht. Beim Rausgehen sagten sie uns, wir sollen den Kiliç nicht decken, und was den Schaden an der Tür betrifft, so könnten wir uns mit einer Rechnung an die Kölner Polizei wenden. Wir wußten überhaupt nicht, was geschieht. Das gleiche ist uns dann nochmal passiert. Da waren wir aber gar nicht da, sondern zu Besuch bei einer anderen Familie. Als wir nach Hause kamen, war die Tür erneut aufgebrochen. Die Wohnung war durchwühlt, Möbel z.T. zerstört. Nachbarn sagten uns, daß die Polizei wieder dagewesen wäre."* Mittlerweile hat diese Familie Strafanzeige gegen die Kölner Polizei gestellt.

Die Razzien gehen tagelang



Eine Kölner Wirtin klagt über die häufigen Polizeirazzien in ihrem Lokal — nicht nur türkische und kurdische Mitbürger hatten darunter zu leiden

weiter. Mittlerweile beläuft sich die Zahl der inhaftierten auf drei Personen. Allen wird der Vorwurf gemacht, sie hätten Kiliç zur Flucht geholfen. Sie seien beobachtet worden und man hätte Zeugen. Den Anwälten der Beschuldigten verweigert man eine umfangreiche Akteneinsicht. So wird ihnen nicht mitgeteilt, welche Zeugen angeblich die Beschuldigten beobachtet haben sollen. Man verweigert ihnen mit dem Argument der nicht abgeschlossenen Ermittlung gar Einsicht in die angeblichen Zeugenaussagen.

Welche Willkür hier im Gange ist, wird deutlich besonders im Falle eines der Inhaftierten. Er soll, obwohl er weder einen Führerschein noch ein Auto besitzt, Kiliç zur Flucht verholfen haben. Selbst seine Konten wurden überprüft. Die Polizei stellt fest, daß ein Betrag in Höhe von rund 1500,— DM zu der fraglichen Zeit abgehoben wurde. Der Haftbefehl argumentiert u.a. damit, daß dieses Geld für die Flucht von Kiliç benutzt wurde. Die Erklärung, daß dieses Geld z.T. mit einer anderen Familie an die Angehörigen in die Türkei geschickt wurde, z.T. aber an diese Familie verliehen worden ist, wird von der Polizei noch nicht einmal überprüft.

Von den ständigen Razzien und Personenfeststellungen auf offener Straße ist besonders der Stadtteil Ehrenfeld betroffen, in dem mehrere tausend türkischer Mitbürger leben. Neben zahlreichen Privatwohnungen in Ehrenfeld sind auch besonders Lokale betroffen, in denen viele Türken verkehren. Einige Lokale werden gleich ein halbes Dutzend mal regelrecht überfallen. Immer das gleiche Spiel: schwer bewaffnete Polizisten stürmen rein, die Aufforderung, daß sich keiner bewegen soll, immer wieder die gleichen Leute, die man nach Kiliç fragt, dann ziehen die Beamten wieder ab. Einige Male werden auch nach der Sperrstunde Lokale aufgesucht. In einer Gaststätte, die schon geschlossen hat, wo die Türe bereits abgeschlossen ist und sich nur noch die Wirtin in einem Hinterraum aufhält, wird die Türe von Polizeistiefeln aufgetreten, weil die Wirtin nicht schnell genug öffnet.

Fragt man die Betroffenen, wie sorgfältig die Polizei die Gäste überprüft, hört der Fragende erstaunt, daß die den Kiliç so wohl nie fangen würden. Manchmal kämen die einfach rein und wären zwei Minuten später wieder verschwunden. Eine Wirtin: „Ich glaube gar nicht, daß die den Kiliç ernsthaft suchen. Der könnte sich bei einer der Razzien ruhig hier aufhalten. So schnell, wie die manchmal rein und raus rennen, können die den ja gar nicht sehen. Ich glaube, die wollen uns halt ein bißchen Angst machen. Ganz erfolglos sind sie nicht. Das Geschäft ist echt schlechter geworden. Die Leute haben schlicht Angst, auf die Straße oder gar in eine Kneipe zu gehen."

Gegenüber dieser rüden Vorgehensweise der Kölner Polizei entwickelt sich erster Unmut. Mittlerweile wird vielen klar, daß die Ermittlungen im Fall Kiliç von der Kölner Polizei auch dazu genutzt werden, unter den Türken mal „richtig aufzuräumen", wie es ein jugendlicher Deutscher aus Ehrenfeld ausdrückt. Und in der Tat: Man wird den Eindruck nicht los, als sei da auch etwas anderes beabsichtigt.

Einen neuen Höhepunkt gewinnt dieser Polizeiterror am Abend des 20.7.84. In einer, wie es heißt „koordinierten Fahndungsaktion" stürmen abends um ca. 20.30 Uhr rund 60 Beamte mehrere Häuser und ein Lokal. Während dieses Einsatzes der Polizei in Ehrenfeld erleidet ein 81 Jahre alter Deutscher einen Herzinfarkt, in dessen Folge er dann stirbt. Polizisten waren auch hier mit schweren Waffen in das Haus gestürmt. Die für diesen Tod verantwortliche Polizei wertet den Tod des Betroffenen als tragisch, erklärt aber, daß man schließlich einen Schwerverbrecher suche und dabei nicht unnötig das Leben der im Einsatz befindlichen Beamten gefährden könne. Es ließe sich daher nicht vermeiden, daß in Folge dieser Einsätze mit Waffen solche tragischen Unfälle vorkämen.

Schwere Vorwürfe gegen die Kölner Polizei wird im Zusammenhang mit dieser Aktion auch von anderen erhoben. Eva Müller berichtet tagsdrauf in der Presse, daß sie einen Herzanfall bei dem Einsatz bekommen hätte. Sie hatte beobachtet, wie mit Maschinenpistolen und Helmen ausgerüstete Beamte vor ihrem Fenster der Erdgeschoßwohnung herumgeschlichen seien. Sie sei mit ihrem Enkel auf dem Arm zur Wohnungstür gegangen und habe geöffnet. Daraufhin seien Männer mit Waffen in der Hand in die Wohnung gestürmt und hätten geschrien, sie solle zur Seite gehen, sonst werde geschossen. In dem Moment sei sie zusammengebrochen. Verwandte von Eva Müller berichteten, daß die Polizei Verwandte minutenlang daran gehindert habe, ärztliche Hilfe zu rufen.

Zwar erklärte ein Polizeisprecher, daß das nicht stimme, schließlich hätte ein Beamter den Notarzt gerufen. Auf Rückfrage versicherte die Feuerwehr, die Rettungswagen und Notarzt alarmiert hatte, daß die Darstellung der Polizei falsch sei, daß sie lediglich von der Tochter der Betroffenen informiert worden sei. Es scheint, daß diese unverantwortliche und terroristische Vorgehensweise der Polizei von ihr nicht nur verteidigt, sondern auch fortgesetzt werden soll. Anders ist die Erklärung eines Polizeisprechers, man werde so weitermachen, gar nicht zu bewerten.

Widerstand macht sich bemerkbar

Immer deutlicher wird, daß die Fahndung der Polizei nach Kiliç nur einen Vorwand dafür liefert, unter den in Köln lebenden Türken eine regelrechte Angststimmung zu erzeugen. Mittlerweile wird bekannt, daß die anfangs völlig unpolitisch erscheinende Fahndung auch politische Züge bekommt. So wird bekannt, daß z.B. die Räume eines kurdischen Arbeitervereins mehrfach in dieser Zeit von der Polizei durchsucht werden. Gleichzeitig werden Mitglieder dieses Vereins in ihren Privatwohnungen aufgesucht, finden dort Durchsuchungen statt.

Wie willkürlich seitens der Polizei vorgegangen wird, wird deutlich, als sich Betroffene, Anwälte und Interessierte am 23.7. zum ersten Mal treffen und über die Lage berichten. An diesem Treffen, auf dem ein Untersuchungsausschuß seine Arbeit über diesen offensichtlichen Terror der Polizei aufnehmen soll, ist auch ein Genosse unserer Partei anwesend. Übereinstimmend wird die Lage so geschildert, daß unter den Türken, aber auch unter zahlreichen Deutschen, sich der Eindruck durchsetzt, daß die Polizei längst nicht mehr nur nach Kiliç sucht. Einige berichten, wie plötzlich Nazis in Ehrenfeld auftauchen, wo sie sich sonst nicht so ohne weiteres wagen sehen zu lassen. Ein Anwesender berichtet, wie in schwarze Ledersachen gekleidete Nazis in der Straßenbahn einen Türken zusammenschlagen und Rache für den getöteten Deutschen schwören. Es wirkt nahezu makaber, daß Faschisten sich einen toten Antifaschisten annehmen.

Der Untersuchungsausschuß richtet eine Telefonnummer ein, wo Betroffene sich hinwenden können, um ihre Erfahrungen mit der Polizei bekanntzumachen. Ein türkisch-deutsches Flugblatt wird verteilt.

Auch das Fernsehen und die Presse nehmen sich des Falls nun an. In einer Sendung im 3. Fernsehprogramm berichtet eine Deutsche, daß sie so etwas, daß so ihre Vorgehensweise der Polizei nicht für möglich gehalten hätte. Sie ist dermaßen aufgebracht, daß sie sagt, sie würde wegen des Vorgehens der Polizei selbst den Kiliç decken, wenn sie wüßte, wo er wäre.

Der Widerstand und die z.T. positive Berichterstattung über die Hetze der Polizei zeigt erste Wirkungen. Bei den Haftprüfungsterminen für die bis dahin Inhaftierten, werden die Haftbefehle aufgehoben. Plötzlich argumentieren die Richter damit, daß die Verhältnismäßigkeit nicht gegeben sei. Auch die Razzien hören auf. In den letzten Tagen hat man wir von Hausdurchsuchungen oder Festnahmen nichts mehr gehört. Sicherlich auch ein Erfolg des Widerstands.

Wenn man abschließend die letzten Wochen und die geschilderten Ereignisse einschätzen will, kommt man nicht umhin festzustellen, daß in Köln, einer vermeintlich ausländerfreundlichen SPD-Stadt, seitens der Polizei der Versuch unternommen wurde, anläßlich eines Verbrechens, daß offensichtlich von einem Türken begangen wurde, dem vorzugreifen, was Zimmermann mit seinen neuen Ausländergesetzen erreichen will. Durch gezielte Aktionen wurden ausländische Mitbürger schikaniert, terrorisiert und eingeschüchtert — nicht ohne einen gewissen Erfolg.

Ausländer haben zu spüren bekommen, was ihnen bevorsteht, gelingt es Zimmermann seine Gesetze durchzubringen und — vor allem — gelingt es ihm auch die öffentliche Meinung so einzuheizen, daß dann vielleicht nicht nur eine Handvoll Nazis in Straßenbahnen „Türken-Jagd" spielen.

Dieser Versuch der Polizei in Köln muß dennoch als gescheitert angesehen werden. Der Widerstand von Deutschen und Ausländern hat sie gezwungen, leiser zu treten. Die Tatsache, daß die Empörung von Deutschen und Ausländern dazu ausreichte, vielleicht Schlimmerem einen Riegel vorzuschieben, gibt Mut und Hoffnung für die Zukunft, für einen erfolgreichen Kampf gegen Zimmermann und seine Pläne.

„Schlagzeilen" vom Sozialismus-Camp

Die Schlagzeile der Tagespresse zu füllen, mag der Traum vieler politisch aktiver Menschen sein. Das dies in den Ferien, noch dazu in Österreich, der KJD gelingt, davon hat wohl niemand geträumt...

OBERÖSTERREICHISCHE
Nachrichten
VEREINIGT MIT DER · TAGES-POST · GEGRÜNDET 1865
S 5.— Dinar 90.— ☎ 0732/27 44 11-0 Nr. 181** Montag, 6. August 1984
PARTEIFREIE UND UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Höchster Schutz für deutsche Kommunisten im SPÖ-Camp

WEISSENBACH / Attersee. Eine Weisung von höchster Stelle sollte die Exekutive zurückpfeifen, die im Europa-Camp der Sozialistischen Jugend in Weißenbach am Attersee einen Verstoß gegen das Meldegesetz festgestellt hatte: Ein BRD-Geheimdienst hatte die österreichischen Sicherheitsbehörden darauf aufmerksam gemacht, daß sich in dem Camp eine starke Gruppe der deutschen kommunistischen Jugend (DKJ) aufhält. Das Interesse der Deutschen und deren Nervosität rühren daher, daß im benachbarten St. Gilgen Bundeskanzler Kohl Ferien macht. Die Gruppenmitglieder hatten sich nicht, wie im Gesetz gefordert, mit Namen und Adressen, sondern nur pauschal angemeldet. Als die Weisung eintraf, die Sache auf sich beruhen zu lassen, war allerdings die Anzeige schon weg. (Lesen Sie weiter auf Seite 5.)

Fünf Schilling (70 Pfennig) kostete dieses Vergnügen, besser die „Oberösterreichischen Nachrichten" vom 6. August 1984. „Höchster Schutz für deutsche Kommunisten im SPÖ-Camp", so der Aufmacher auf der Titelseite, auf Seite 5 hatten wir dann schon „allerhöchsten Schutz". Und wie wichtig wir auf einmal waren: Das österreichische Innenministerium beschäftigte sich mit uns, gewährte uns angeblich „Staatsschutz" (haben wir nichts von gemerkt), der BRD-Geheimdienst soll hinter unseren Namen hergewesen sein (kann schon eher sein), aus unserem Sommerlager wurde ein „seit mehreren Jahren stattfindendes Trainingscamp", aus den knapp 50 Lagerteilnehmern wurde eine „50 bis 100 Mann starke Gruppe", die — so steht es zwar nur zwischen den Zeilen

Treffpunkt Lager-Vollversammlung



„Der Berg ruft..."

— nichts Besseres vorhatte, als unseren „lieben" Bundeskanzler Kohl in seinem „hart verdienten Urlaub" am Wolfgangsee zu stören ...

Unglaublich, wie bürgerliche Journalisten sich Meldungen zusammenzimmern. „Lügenpresse", diese Charakterisierung trifft wahrlich nicht nur auf die „Bild"-Zeitung zu. Dabei war der Anlaß, aus dem die Story entstand, ein ganz simpler. Angeblich hatten sich einige Bürger Weißenbachs (ein kleines Dorf am Attersee, das nur vom Fremdenverkehr im Sommer existiert) bei der Dorfgendarmerie beunruhigt darüber geäußert, daß Kommunisten auf dem „Europa-Camp" sind. Und so zog der Dorfgendarm los, um mal nach dem Rechten zu sehen. Und in Österreich nicht anders als in der BRD: die Formalitäten müssen stimmen. So wollte der Dorfgendarm bei der Camp-Leitung die Teilnehmerliste einsehen. Die gab es nicht, wurde aber in den nächsten Tagen nachgereicht. Der Dorfgendarm, empört darüber, daß man im Europa-Camp nicht den gleichen Sinn für Formalitäten hatte wie bei der Gendarmerie, wandte sich an höhere Stelle. Und hier stieß er auf „höheres" Interesse. Denn der BRD-Bundeskanzler Kohl war am Wolfgangsee eingetroffen und mit ihm seine Leute vom BRD-Geheimdienst. Diese wiederum schnüffelten, angeblich zur Sicherheit des Kanzlers, im neutralen Österreich herum und stießen dabei nur zwanzig Kilometer vom Kanzler entfernt auf die KJD ... Nein, sowas. Das österreichische Innenministerium wurde eingeschaltet, um auf höchster Ebene zu beraten, wie dieser Fall angegangen werden soll. Als dann irgendein SPÖ-Mann im Innenministerium wohl gesagt haben muß: „Was sollen diese Kindereien?", da war für die „Oberösterreichischen Nachrichten", eine ÖVP-orientierte Zeitung, der Skandal, die Schlagzeile perfekt. Denn soviel Liberalismus gegenüber Kommunisten geht auch in Österreich zu weit ...

So hatten wir also Schlagzeile, obwohl wir doch ganz andere Schlagzeilen viel lieber gesehen hätten. Zum Beispiel: „Gutes Essen auf Sozialismus-Camp. Kommunisten essen ganzes Spanferkel." Oder: „Kommunisten vergreifen sich an Lebensmittelfarbe. Geburtstagsparty mit giftgrüner Torte." Oder: „Kommunisten wollen hoch hinaus. Mehrere KJD-Gruppen erreichen den Gipfel des 1350 Meter hohen Schoberstein ..."

Es fällt schwer, die vielen Eindrücke wiederzugeben, die die Teilnehmer von dem diesjährigen Sommerlager der KJD mit nach Hause genommen haben. Denn im erfreulichen Gegensatz zu manch anderen Lagern waren die drei Wochen diesmal voll gefüllt mit Programm. Stichworte aus dem Programm: Besichtigung der Voest-Alpine, (verstaatlichtes Stahlwerk), Diskussionsabend mit der SJÖ über die österreichische Arbeiterbewegung, Besuch der albanischen Genossen von der Botschaft in Wien auf dem Lager, Diskussion über die bevorstehenden Aktivitäten der Friedensbewegung, Besuch in der Dachstein-Rieseneishöhle und im Salzbergewerk, Teilnahme an einer antifaschistischen Demo in Passau, diverse Bergwanderungen ...

„Sozialismus, aber nicht so wie in der DDR." „Wie konkret kann ein sozialistisches Deutschland aussehen?" „Wie gewährleisten wir, daß die Arbeiter tatsächlich die Macht haben und keine Parteidiktatur herrscht?" „Wie verhindern wir die Entartung des Sozialismus?" „Welche Erfahrungen wurden beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion gesammelt?" „Was können wir bei den Klassikern des Marxismus-Leninismus lernen?" (sehr, sehr viel) ... Das waren Fragen, die die Sozialismus-Diskussion auf dem Lager prägten. Zwar konnte das ehrgeizige Diskussions-Programm der einzelnen Arbeitsgruppen nicht voll erfüllt werden, doch ein guter Einstieg in die weitere Diskussion über Fragen des Sozialismus war es.

Einen tiefen Eindruck hat wohl bei allen Teilnehmern der Besuch im ehemaligen KZ Mauthausen hinterlassen. Fassungslos standen wir vor den Dokumenten der Nazi-Barbarei. Und es war sehr gut, daß der Widerstandskämpfer und Genosse Harry Dubinsky mit auf dem Lager war und aus eigener Erfahrung berichten konnte, wie der Widerstand selbst im KZ weiterging. „So etwas darf nie wieder passieren. Dafür werden wir kämpfen. Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit, Frieden, Demokratie und Sozialismus," das waren unsere Gedanken, als wir den Weg zurück zum Camp, später dann nach Hause antraten.

Allerhöchster Schutz für deutsche Kommunisten in SP-Camp

Die ganze Angelegenheit dürfte auch der Sozialistischen Jugend mehr als peinlich sein. Die Gruppe der deutschen Kommunistischen Jugend kam schon seit einigen Jahren zu „Trainingslagern" in das Austria-Camp, hatte sich aber bisher noch nie deklariert. Erst jetzt, durch den diskreten Hinweis eines deutschen Geheimdienstes und das Einschreiten der Sicherheitsbehörden, wurde das „Kuckucksei" im Camp entdeckt.

Von WOLFGANG EISL

(Fortsetzung von Seite 1)

Weil sich die 50 bis 100 Mann starke Gruppe geweigert haben soll, Namen und Adressen der Teilnehmer bekanntzugeben, wurde die Gruppe „pauschal" angemeldet.

Das ist nach dem Meldegesetz dann möglich, wenn eine Gruppe nicht länger als eine Woche auf einem Campingplatz bleibt. Bei einer längeren Aufenthaltsdauer muß dem Meldebuch eine Liste mit Namen und Adressen der Gruppenmitglieder ausgehändigt werden. Das war im Europacamp nicht der Fall, we[...] zu Recht [...]setzt gegen das Einschreiten ausgelöst.

Die Reaktion war, daß den Gendarmen angeblich „Polizeistaatmethoden" vorgeworfen wurden, und man spricht darüber, daß von „höchster Stelle", entweder vom Ministerium oder gar vom Minister selbst, eine Weisung gekommen sei, die die Sicherheitsbehörden aufforderte, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Die Weisung kam zwar rasch, aber doch so spät, daß die Anzeige schon abgeschickt wa[...]

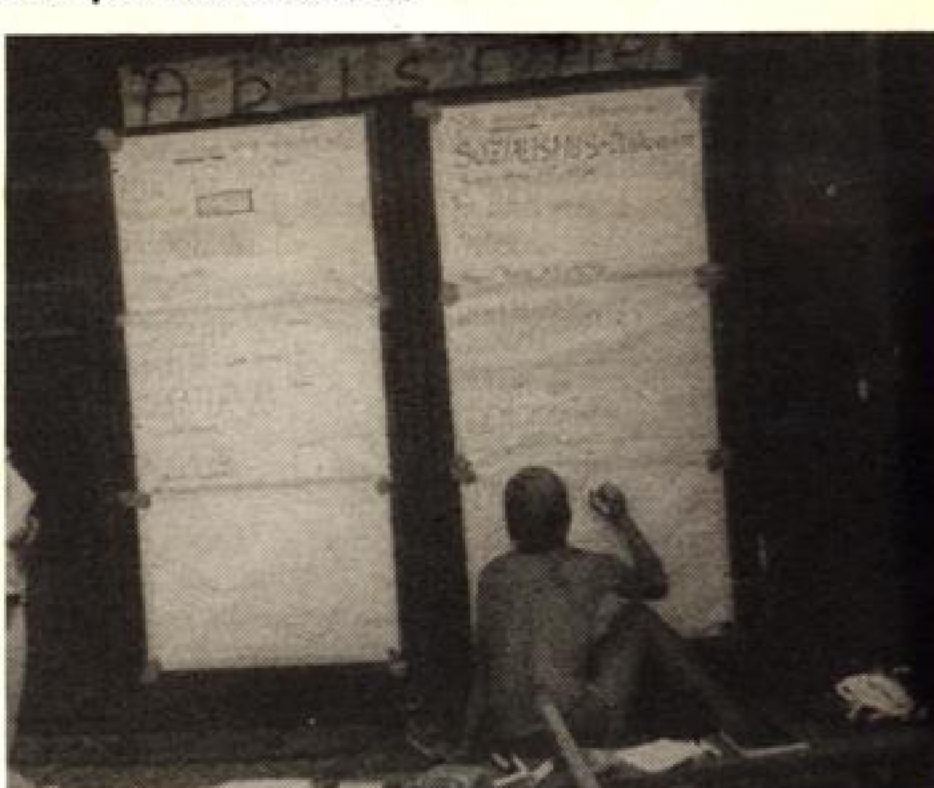
„Ich kann dazu [...] sagen, ich hal[...]

„Ich halte das für ein Gerücht", stellte der Nationalratsabgeordnete Dr. Peter Keppelmüller (SP) aus Timelkam dazu fest, daß eine ministerielle Weisung an die Exekutive erfolgt sei.

In den Ministerien — sowohl im Außen- als auch im Innenministerium — gibt man sich uninformiert. „Ich höre zum ersten Mal von dieser Sache", erklärte ein Journalbeamter im Innenministerium zu der Angelegenheit. Er kann sich nicht vorstellen, daß Minister Blecha eine Weisung an seine Beamten erteilt hat. „Er ist seit Freitag früh unterwegs." Auch Außenminister Lanc, von dem es gerüchteweise hieß, er habe die Weisung erteilt, war gestern nicht zu erreichen.



Das Spanferkel ist bereitet



Das Programm wird angeschlagen



Auch Küchendienst kann Spaß bringen

Meldungen

Kolumbien

M-19-Sprecher ermordet

Der politische Sprecher der kolumbianischen Guerillabewegung M-19 (Moviemento 19 de Abril) ist am vergangenen Freitag in seiner Heimatstadt Bucaramanga im Nordosten Kolumbiens ermordet worden. Der Kinderarzt Carlos Toledo Plata war einer der Mitbegründer der mächtigen Guerillabewegung M-19. Nach seiner Haftentlassung im Jahre 1982 hat der 65jährige als politischer Sprecher der M-19 fungiert und war wesentlich am Zustandekommen eines Waffenstillstandsabkommens der Regierung des Staatspräsidenten Belisario Betancur mit der Guerillabewegung beteiligt. Kurz vor der Unterzeichnung eines weiteren Abkommens wurde der Mediziner vor seiner Wohnung, als er gerade in das Krankenhaus gehen wollte, in dem er arbeitete, von zwei Leuten von einem Motorrad herunter beschossen. Von zehn Schüssen getroffen, starb er kurze Zeit später.

Hinter dem Anschlag wird die Armee des Landes vermutet, die den Kurs des Staatspräsidenten, der der Bewegung M-19 einen legalen politischen Status zuzubilligen versprach, zu torpedieren versucht.

Als Antwort auf den Mord an Toledo griff M-19 am Samstag die 80000 Einwohner zählende Stadt Yumbo im Südwesten Kolumbiens an. Bei den Kämpfen gegen Armee und Polizei gab es nach ersten Angaben zehn Tote und dreißig Verletzte. M-19 hat in einer ersten Stellungnahme die Bereitschaft verkündet, weiter mit der Regierung zu verhandeln. Ein Führer der Guerilla, Rosemberg Pabon, der vor dem Angriff auf Yumbo mit Journalisten sprach, sagte aber auch: „Wir wollen Frieden, doch einen Frieden ohne Erniedrigung. Wir wollen einen Dialog mit Würde."

Chile

Demonstrationen aufgelöst

Demonstrationen in Chile, zu denen diesmal die katholische Kirche aufgerufen hatte, sind von starken Polizei- und Milizkräften brutal beendet worden. „Gegen dieses Klima der Folter, der Drohung, des Exils und des Todes", so einer der Organisatoren, der sozialistische Rechtsanwalt Jorge Molina, waren in Santiago allein 10000 Menschen auf die Straße gegangen. Mit Schlagstöcken, Tränengas, Hunden und Wasserwerfern ging die Polizei gegen die Demonstranten vor. Nach Angaben chilenischer Menschenrechtsorganisationen sind bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei mindestens zehn Menschen verletzt, acht verhaftet worden. Auch in anderen Städten Chiles kam es zu Demonstrationen, Zwischenfälle wurden aus Conception und La Serena gemeldet.



Vor Streik in der US-Autoindustrie?

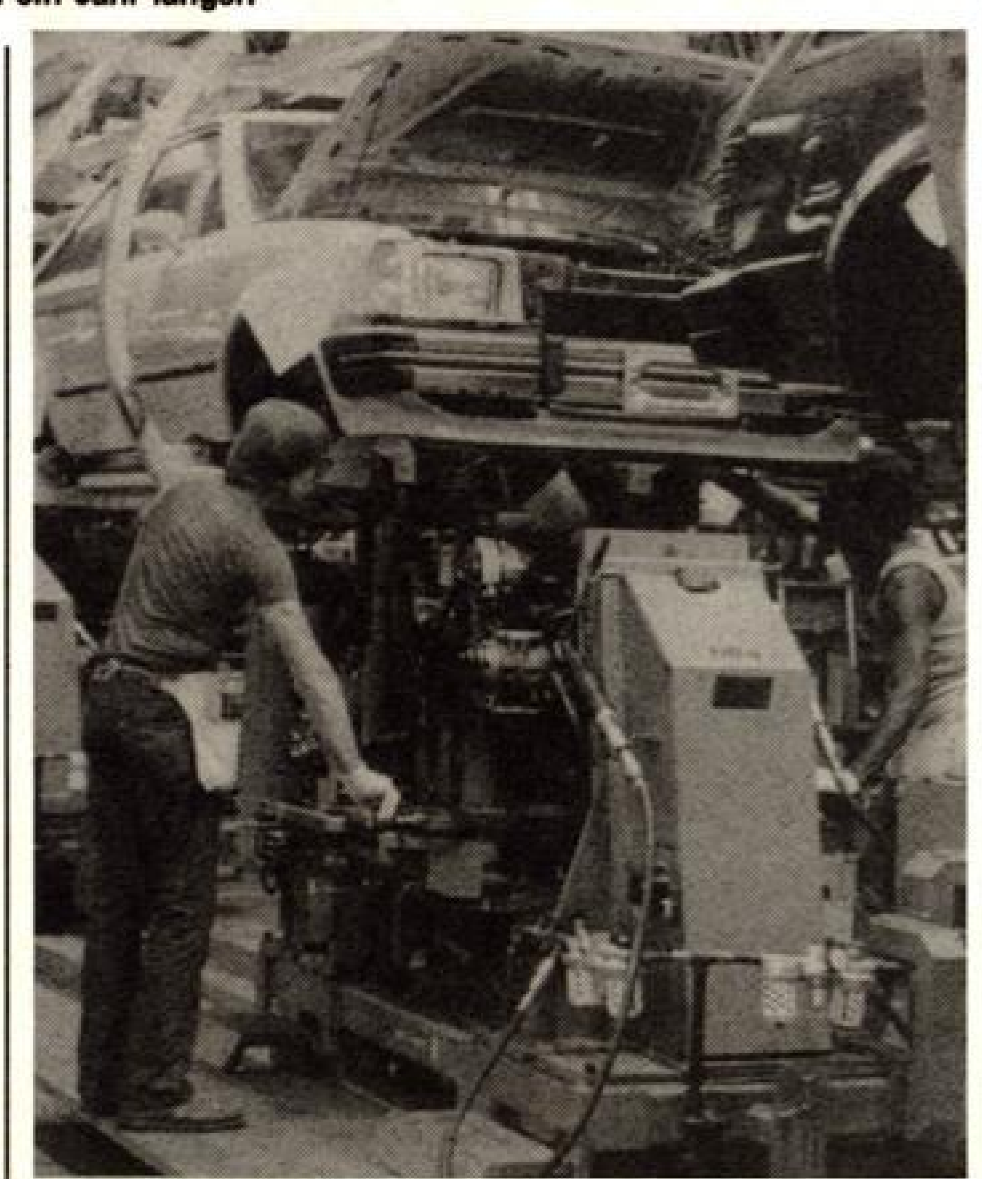
Millionen für Millionäre — Raubzug gegen die Arbeiter

DETROIT. — Am 23. Juli begannen Tarifverhandlungen in der US-Automobilindustrie. Am 14. September laufen bei den Autogiganten General Motors (GM) und Ford die Tarifverträge aus. Die Verträge der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW mit dem drittgrößten US-Autoproduzenten, mit Chrysler, laufen noch ein Jahr länger.

Zwei Momente machen die bevorstehende Tarifrunde interessant. Zum einen sind das die Riesengewinne der Konzerne, zum anderen ihre massiven Rationalisierungspläne.

Die drei großen Detroiter Autokonzerne machten im vergangenen Jahr 6,3 Milliarden Dollar Gewinne. Das war neuer Rekord. Im ersten Halbjahr 1984 waren es indes schon wieder 6,5 Milliarden Dollar, für '84 insgesamt geht man von Gewinnen von über elf Milliarden Dollar aus.

Dieser Reichtum der Autokonzerne machte im Frühjahr weltweit Schlagzeilen, als bekannt wurde, was die Manager der beiden größten, GM und Fold an Gewinnprämien einstecken konnten: **GM-Chef Roger B. Smith erhielt zu seinem Jahresgehalt von 625000 Dollar eine Prämie von 865000 Dollar. Der Ford-Chef Philip Caldwell erhielt zu seinem „normalen" Gehalt von 520534 Dollar 900000 Dollar Prämie.** Insgesamt zahlte General Motors im vergangenen Jahr 182 Millionen Dollar an seine Manager aus, Ford immerhin noch 81 Millionen Dollar.



Im Ford-Werk Detroit

Für die Arbeiter gab es in dieser Zeit nichts. Im Gegenteil, ihre Löhne sind seit dreißig Monaten eingefroren. Seit diesen Zugeständnissen von 1982 haben die Kapitalisten zwischen 4500 und 6200 Dollar je Arbeiter an Lohn- und Versicherungsbeiträgen im Verhältnis zu dem bis dahin geltenden Tarifvertrag einbehalten können.

Den Automobilgiganten reicht das alles aber noch nicht. Sie wollen ihren Rationalisierungsfeldzug noch weiter treiben, ihren Raubzug gegen die Arbeiter fortsetzen.

Ein Beispiel für ihre Politik ist die Geschichte des ehemaligen GM-Montagewerks in Fremont (Kalifornien). Es wurde vor zwei Jahren stillgelegt, jetzt wieder von General Motors in Zusammenarbeit mit dem japanischen Konkurrenten Toyota wiederaufgemacht. Damit wurden zunächst mal alle Verträge der Gewerkschaft UAW mit GM hinfällig. Die neuen Verträge mit GM/Toyota verbesserten die Situation für die Automobilhersteller. Im neuen Werk werden danach nur 2500 Leute eingestellt, früher waren es 3000. Dieser Arbeitsplatzabbau um 17 Prozent ist nicht der einzige Schlag gegen die Arbeiter. Weiter wurden die Qualifikationsbestimmungen der Arbeitsplätze weitgehend abgeschafft, so daß die Arbeiter an viel mehr Arbeitsplätzen eingesetzt werden können, ohne daß höherer Lohn gezahlt werden müßte. Überhaupt gibt es nur noch vier Kategorien von Facharbeitern im Werk, was faktisch auf eine Lohnsenkung und Abqualifizierung of der Facharbeiter hinausläuft. Zusätzlich finden im Werk noch Kurse statt, mit deren Hilfe die Arbeiter lernen sollen, auf „japanische Art" zu arbeiten. Besondere Trainingsmaßnahmen sollen die Arbeiter mit „starker Arbeitsethik erfüllen".

Fremont ist kein Einzelfall. Nach Beginn der Tarifrunde wurde ein Papier aus den Vorstandsetagen von GM öffentlich. Darin rät ein Mitglied der Konzernspitze, den Personalbestand in den kommenden zwei Jahren trotz konstanten Produktionsvolumens um 120000 Arbeiter abzubauen und Teile der Produktion in „Billiglohnländer" zu verlegen.

Die Rekordgewinne der Konzerne, die Rationalisierungspläne und nicht zuletzt die Inflation in den USA während der langen Lohnpause müßte eigentlich die 470000 organisierten Automobilarbeiter auf die Barrikaden bringen. Zwei Dinge aber erschweren das ziemlich. Zum einen gibt es eine große Propagandaoffensive gegen Arbeiterforderungen, da wird das Ende des „Aufschwungs" an die Wand gemalt, mit der Gefahr der Überschwemmung der Vereinigten Staten mit japanischen und europäischen Autos polemisiert.

Zum anderen gehören die US-Automobilarbeiter immer noch zu den sehr gut verdienenden Arbeitern. Mit einem Durchschnittslohn von 22,50 Dollar in der Stunde liegen sie weit über dem Durchschnittslohn anderer Arbeiter, der bei 9,08 Dollar liegt. Kein Wunder, daß arbeiteraristokratische Elemente die Politik der Gewerkschaft UAW bestimmen.

Bergarbeiterstreik in England

10000 Frauen zogen durch London

Mit einer machtvollen, noch nie dagewesenen Solidaritätsaktion haben die Frauen der streikenden britischen Kumpel den Kampf gegen die Stillegung von 20 Zechen und die Vernichtung von 20000 Arbeitsplätzen unterstützt.

Aus allen Landesteilen kommend, demonstrierten die 10000 Frauen am vergangenen Samstag durch die Straßen der britischen Hauptstadt. Nach einer eindrucksvollen Demonstration überreichten die Frauen des Gewerkschaftspräsidenten und seines Generalsekretärs, Anne Scargill und Mary Heathfield eine Petition an die Königin im Buckingham Palace. Darin wird das Königshaus aufgefordert, seinen Einfluß auf die Regierung geltend zu machen, um die Premierministerin Thatcher von ihrem Kurs gegen die Kumpel und für die Zechenverwaltung abzubringen.

Diese Aktion der Bergarbeiterfrauen war kein Bittgang der von Illusionen getragen war. Diese große, öffentlichkeitswirksame Aktion ist eine der vielen Aktionen, die die Frauen schon zur Unterstützung des nun schon fast sechsmonatigen Streiks durchführten. Überall in den bestreikten Kohlerevieren haben die Bergarbeiterfrauen Hilfskomitees eingerichtet, und versuchen nach Kräften, die Streikenden zu unterstützen und die große Not, die ausgebrochen ist, zu lindern. Allein in dem schottischen Revier von Lothians haben sich 16 derartiger Hilfsgruppen gebildet. 72 Frauen aus der Kleinstadt Dalkeith machten sich auf die 600 Kilometer lange Reise nach London, viel mehr noch aus dem weit entfernten Revier von Fife.

Die Kumpel passen derweil auf die Kinder auf, hüten das Haus. Ungewöhnliche Zustände für das für seine engherzige Unterdrückung der Weiblichkeit verschrieene Schottland. „Nun, das ist ein Ausdruck gesellschaftlichen Wandels", meinte ein Kumpel aus Dalkeith dazu.

Die große Unterstützung der Frauen für die Kumpel ist sehr notwendig. Neben den vielen politischen, sozialen und juristischen Maßnahmen gegen die Kumpel (der RM berichtete) läuft jetzt auch eine Kündigungswelle. „Wegen schlechter Führung" werden jetzt immer öfter Bergleute entlassen, die beim Streikpostenstehen von der Polizei festgenommen wurden.



„Einigkeit ist unsere Stärke". Bergarbeiterfrauen in der Diskussion mit einem arbeitswilligen Bergmann.

Die Bergleute aber geben immer noch nicht auf. In den letzten Tagen häuften sich wieder Pressemeldungen über Großeinsätze der Polizei. Sie müssen immer mehr Beamte einsetzen, um die Streikbrecher in die Zechen zu geleiten. Aber rund 80 Prozent der 174 Kohlebergwerke in Britannien sind lahmgelegt. Militante Demonstrationen, massives Auftreten gegen Streikbrecher und ihre staatlichen Beschützer, das prägt zur Zeit den Arbeitskampf im britischen Bergbau.

Die staatliche Kohlebehörde, die den Plan der Regierung Thatcher — Stillegungen, Massenentlassungen und Gewerkschaftsschwächung — durchführen soll, hat es schwer. Und die Vertreter der Kohlebehörde bekommen das auch mit. In der letzten Woche fuhren rund 150 Bergarbeiter vor das Gebäude der Regionalverwaltung der staatlichen Kohlebehörde in Yorkshire vor und warfen sämtliche Fenster ein, auch drei Polizisten hatten Schäden an den Fassaden...

Mittelamerika:

Weitere US-Hilfen für El Salvador

Mit einer Verdreifachung der Militärhilfe der USA gegenüber 1983 soll der "gute Eindruck" des salvadorianischen Präsidenten José Napoleon Duarte belohnt werden, der nach einem skandalösen Wahlverfahren ein „demokratisches" El Salvador repräsentiert. Mit dieser Begründung bewilligte der US-Kongreß nochmals 70 Millionen Dollar Militärhilfe für den mittelamerikanischen Staat.

Das Gesamtvolumen der Militärhilfe der USA für El Salvador beträgt somit im laufenden Haushaltsjahr 196 Millionen Dollar. Gegenüber dem Vorjahr ist es eine Verdreifachung. Dieser Beratung vorausgegangen war schon eine erste Bewilligung von 123 Millionen Dollar Militärhilfe für das Haushaltsjahr 1985, dem werden noch viele Ergänzungsanträge folgen. Mit dieser massiven Militärhilfe soll die salvadorianische Armee gegen das eigene Volk und dessen Befreiungsfront FMLN ausgerüstet werden.

Diese Militärhilfe ist zur Zeit nicht die einzige Aktivität der US-Imperialisten in der zentralamerikanischen Region. Nach Angabe der US-Botschaft in Honduras befinden sich fünf weitere schwere US-Kriegsschiffe auf dem Weg in ein Operationsgebiet vor der Pazifikküste Mittelamerikas. Im Golf von Fonseca, an den Honduras, El Salvador und Nicaragua angrenzen, werden Schlachtschiffe, Zerstörer und Fregatten der US-Marine Patrouillenfahrten unternehmen.

In diese Reihe von Maßnahmen zur Verschärfung der Situation paßt auch die folgende Meldung aus Nicaragua. Der Coordinator der Junta des Nationalen Wiederaufbaus Nicaraguas, Daniel Ortega, hat dem US-Geheimdienst vorgeworfen, er plane die Ermordung führender Politiker der sandinistischen Befreiungsfront FSNL vor den allgemeinen Wahlen am 4. November. Damit sollen dann Flügelkämpfe und innere Streitereien in der Front vorgetäuscht werden und eine instabile Lage geschaffen werden.

Spenden

(als Scheck oder Postanweisung)
an
National Union of Mineworkers (Kent Area)
Miners Office account 30131703
Waterside House
Cherry Tree Avenue
Dover CT 16 2 NJ, England
oder an Verlag RM
Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321000290,
(BLZ 44050199) Stichwort „Bergarbeiter"

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW

Wenige Stunden nach dem Ende der Spiele — In Kalifornien nachgefragt:

„Spinnen die Amis?“ — „Die spinnen, die Amis!“

★★★★★★★★★★★★★★★★

Am Montag morgen — die 23. olympischen Sommerspiele von Los Angeles waren gerade einige Stunden vorher zu Ende gegangen, befragte der „Rote Morgen“ einen in Kalifornien lebenden Deutschen nach seinen Eindrücken von der Olympiade:

War es wirklich so schlimm, wie man hier vermuten mußte?

Ja sicher. Aber ich möchte zunächst mal kritische Stimmen zitieren. In der „Los Angeles Times“ war in der vergangenen Woche ein kritischer Kommentar gegen die einseitige, total unausgewogene Berichterstattung erschienen. In der Ausgabe von Samstag (11. August, RM) sind nun dazu Leserbriefe abgedruckt. Normalerweise gibt es sehr verschiedene Reaktionen auf so einen Kommentar. In diesem Fall waren aber 97 Prozent der Leserbriefe zustimmend. Ich hab' ein paar Stellen übersetzt, ich zitiere mal aus den Leserbriefen:

„Die auffällige Lücke in der Berichterstattung von Sporterеignissen, an denen die USA nicht beteiligt waren, oder keine Favoriten hatte, zeigt deutlich die Nichtachtung und die Respektlosigkeit gegenüber anderen Wettbewerbsnationen in einem Grad von Arroganz und Selbstgerechtigkeit, der viele Zuschauer dazu veranlaßt hat, mit den Mannschaften, die gegen die USA antraten, zu sympathisieren. Unser Verständnis von Nationalstolz hat nichts mit dem kleingeistigen Vulgärnationalismus zu tun, der von A.B.C. (der Fernsehgesellschaft, RM) präsentiert wurde.“ Der Brief war von sechs Leuten eingeschickt.

Aus einem anderen Brief: *„A.B.C.'s Berichterstattung ist höchstens provinziell und schlechtestens unausgewogen. Sicher, wir sind auch Amerikaner, aber, wenn man um einen Schluck Wasser bittet, erwartet man nicht, daß man gleich mit einem Gartenschlauch abgespritzt wird. Der häßliche Amerikaner ist lebendig und wohlauf. Schlechter Geschmack!“*

Aus einem dritten Brief: *„Offen gesagt, schäme ich mich über die amerikanische Berichterstattung dieser Olympiade. In diesen Zeiten, wo die Welt von Atomkrieg, Hunger, politischer Unterdrückung und Terrorismus — um nur ein paar Dinge zu nennen — bedroht ist, könnten die olympischen Spiele bei den Amerikanern etwas mehr Sensibilität gegenüber dem Rest der Welt entwickeln. Man scheint vergessen zu haben, daß die olympischen Spiele nicht dazu da sind, nicht dazu gebraucht werden sollten, als eine Rechtfertigung für eine ungehemmte amerikanische Propaganda zu dienen.“* In diesem Sinne sind eigentlich auch alle anderen Leserbriefe, die in der „Los Angeles Times“ abgedruckt sind.



Viel Kommerz ...

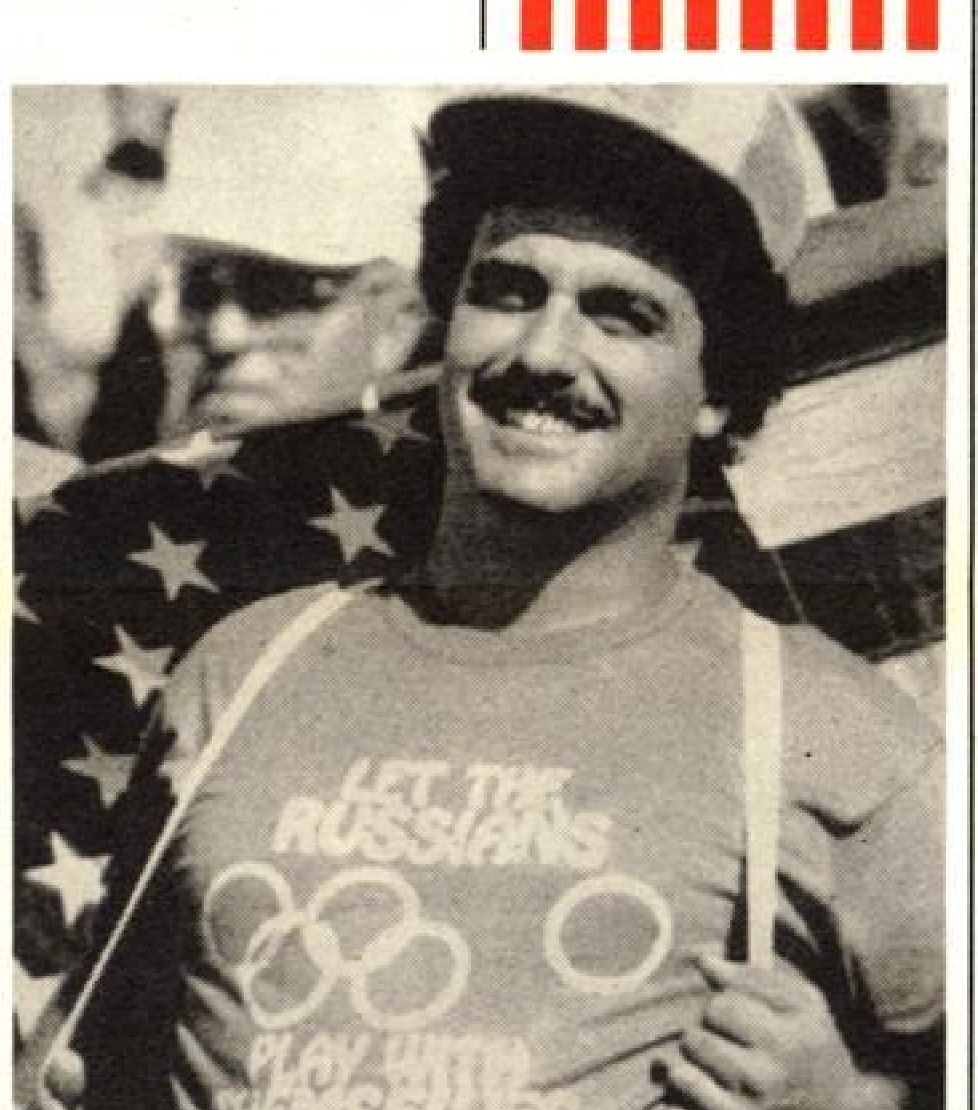
Und sonst, dein Eindruck von den Spielen?

Es war doch sehr überraschend, daß sie so gut organisiert waren. Das ist selten hier in den Staaten. Trotz aller Unkenrufe vorher hatte man das Verkehrsproblem in L. A. im Griff, es gab eine sehr große Beteiligung und man hatte jede Menge Sicherheitskräfte und andere Leute, Studenten etwa, um alles zu regulieren. Von daher war es überraschend gut gelaufen. Aber, was aufgefallen ist, es waren sicherlich die kommerziellsten olympischen Spiele, die es je gegeben hat.

Kannst du mal einige Beispiele geben?

Alles war verkauft! Vor allem an die „Großen“: McDonalds, Kodak, Levis. Am „besten“ konnte man es im Fernsehen verfolgen. Die kannten da wirklich keine Hemmungen. Zwei Minuten Berichterstattung, dann eine Minute Comercials-Werbung. Bei den spannendsten Übertragungen wurde für Werbung unterbrochen — dauernd, dauernd — das kann man sich gar nicht vorstellen. Sicher sind die Amerikaner daran gewöhnt, aber es geht einem doch unheimlich auf die Nerven.

Überall, wo man hinschaut, ist alles olympisch: Süßigkeiten, sowas wie die „Mars“-Riegel, sind auf einmal die „offizielle Süßigkeit der olympischen Spiele“. Da gibt es die „offiziellen Filme“ die „offiziellen Autos“, auch die „offiziellen Erdnüsse der olympischen Spiele“! Ganz fürchterlich — einige Leute sind aber auch hingegangen und haben diese Sache hochgenommen. In Los Angeles gibt es den Besitzer einer Autowaschanlage, der an sein Gebäude eine große Tafel anbrachte: „Das ist die inoffizielle Waschanlage der olympischen Spiele“.



... Überheblichkeit, (auf dem T-Shirt steht: „Laßt die Russen mit sich selber spielen“) ...

So wurden auch sämtliche Rechte an allen Souvenierartikeln an eine Firma verkauft. Da waren alle anderen — die auch Geschäfte damit machen wollten, dumm dran. Oftmals haben die sich dann gegenseitig ausgetrickst. Einer Firma, die ein Olympia-Puzzle auf den Markt bringen wollte, aber weder das Wort „Olympiade“ noch das offizielle Symbol — diesen dämlichen Gummiadler — verwenden durfte, nannte das Spiel dann einfach „Die globalen Spiele“.

Wie wurde während der Spiele der Boykott der UdSSR und anderer Ostblock-Länder kommentiert?

Nun, in der Fernsehberichterstattung und auch in den Zeitungen hieß es dauernd, es sei eigentlich gar nicht so schlimm, daß diese ganzen Länder nicht da seien. Irgendwann seien sie alle schon mal geschlagen worden, und auf diese Tour wurde versucht, vorzurechnen, daß es eigentlich kein großer Verlust für die Spiele sei — was natürlich ausgemachter Blödsinn ist.

Die Bedrohungen für sowjetische Sportler — es gab Briefe und Ankündigungen vor allem vom Klu-Klux-Klan — werden einfach dem KGB in die Schuhe geschoben. Aber erst in den letzten Tagen kamen wieder rassistische Drohbriefe in den Quartieren afrikanischer und asiatischer Sportler an, wieder vom Ku-Klux-Klan.



... und „USA-über-alles“-Stimmung prägte die Spiele von Los Angeles

Aber eine Sache ist bei euch sicher auch nicht groß berichtet worden: Am 6. August war doch der Jahrestag des Atombombenabwurfs von Hiroshima. Überall ist ja die Rede vom olympischen Feuer. An diesem Tag aber kam eine Delegation aus Hiroshima und brachte das Feuer vom „ewigen Feuer“ in Hiroshima mit nach Los Angeles, und es gab eine Friedensdemonstration von rund 5000 Leuten.

Insgesamt ging es hier aber nur um Amerika, um die USA. Da konnten die guten chinesischen Turner ihre Übungen haben, gezeigt wurde ein amerikanischer Sportler in der Aufwärmhalle — und vom Fußball z. B. zeigten die nix! Höchstens mal einen kurzen Filmbericht in einer Zusammenfassung. Es hieß immer, USA, USA, USA ...

Dein Gesamteindruck?

Also nochmal — was mich wirklich überrascht hat, daß alles so gut organisiert war, daß alles glatt lief. Das ist selten hier, du müßtest nur einmal hier mit dem Zug fahren, das ist schon ein großes Problem. Aber, was ich am schlimmsten fand, war einmal das Kommerzielle an den Spielen, wobei das für die Amerikaner gar nicht so ungewohnt ist. Vor allem aber die wirklich nationalistische Berichterstattung. Das war wirklich ärgerlich.

Und sonst?

Ja, eine kleine Geschichte noch. Ihr habt vielleicht gehört, daß man zur Eröffnung einen Adler über dem Stadion kreisen lassen wollte. Da wurde extra ein Weißkopf-Seeadler ausgebildet, trainiert, damit er auch ein paar Runden übers Stadion fliegt. Dann ist der aber drei, vier Tage vor der Eröffnung der Spiele verstorben. Es gab eine großangelegte, langandauernde Untersuchung darüber, wie das passieren konnte. Jetzt ist das Ergebnis raus: Der Vogel war einfach zu alt!

Spinnen die Amis?

Ja klar! Die spinnen, die Amis.



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent. Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554966, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.